Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Amtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 39. Sonnabend, den 15. Februar 1919. 29. Jahrg.

Nationalversammlung.

Naumann (Dem.): Bisher lag für die Volksvertretung kein Zwang vor, bestimmte Mehrheitsgruppierungen zu bilden. Aber nachdem die monarchische Regierung nicht mehr vorhanden ist, ist es für die Existenz und Leitung des Staates eine Notwendigkeit, daß aus Gruppen und Parteien heraus ein gemeinsamer Gedankengang organisatorisch fest gefügt wird. Das ist der Inhalt des heutigen Tages. Durch die Proklamation des neuen Reichskanzlers ist eine Mehrheitsregierung aufgetreten, zu der, wie die Herren vom Zentrum, so auch wir neben die Mehrheitssozialdemokraten getreten sind. Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts hin möglich gewesen, aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können. Eine bürgerliche Mehrheit würde die Revolution nicht beenden können, denn gerade diese Zusammensetzung würde alle Sozialisten zu einer gemeinsamen Opposition formieren und den ordnungsmäßigen Gang der Geschäfte nicht gewährleisten. Dem Ausland gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten als eine Garantie für einen künftigen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. (Sehr richtig!) Die Zusammenballung der Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratisch fühlenden Gruppen kann sich leicht vereinigen auf dem Gebiet der durchgeführten und kraftvollen Demokratie. Die wirklich bis zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, die wir in Deutschland bisher nicht hatten, kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber einig sind. Wir haben keine angeborenen politischen Vorrechte mehr, keine Kasten und Klassen. (Widerspruch bei den Unabh. Soz.) Wir haben keine undemokratischen Unterschiede mehr und können der Außenwelt gegenüber den Frieden auf jener Grundlage fordern, die in unserer Friedensresolution vom Juli 1917 aufgestellt war. Gewisse Schwierigkeiten bleiben. Jede der drei Parteien hat ihren eigenen historischen Charakter und auch in der Regierung bleiben die Vertreter der Parteien ihrer Partei zugehörig. Ich halte das sogar für einen Vorteil, denn so kann die neue Regierung von vornherein keine Klassenregierung sein, es muß der Volksstaat, die Republik geschaffen werden. Bestimmt und unzweideutig muß gesagt werden, daß heute ein Traum vom Wiederkommen der Monarchen nur die Bedrohung mit einem Bürgerkriege ist (lebhafte Zustimmung), das Schlimmste und Unheimlichste, was wir erleben können. (Erneuter lebhafter Beifall.) Die Monarchie hat im großen Fegefeuer der Welt nicht den Befähigungsnachweis geliefert. Wenn wir jetzt die Republik aufrichten wollen, so darf nicht übersehen werden, daß alle Republiken, technisch betrachtet, sehr schwierige Apparate sind. Wir sind zusammengekommen, um die deutsche Republik zu machen, die nicht nur auf dem Papier steht, sondern die wirklich funktioniert. Hier liegen ganz große Schwierigkeiten, wie sie schon vor siebzig Jahren vorhanden waren, Dezentralisation, Zentralisation, Bundesstaaten, Zwiespältigkeiten zwischen Nord und Süd. Wir sind kein einheitlich schematisch gefügtes Volk; ein einheitlich republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, worum wir hierher geschickt worden sind. Wir sind nicht hierhergeschickt worden, um uns sensationell zu zanken (Sehr gut!), man wird die Nationalversammlung nur nach dem Endergebnis beurteilen, ob wir den deutschen Volksstaat fertiggebracht haben oder nicht. (Beifall.) Wir stehen jetzt in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausgeht. Wir brauchen die Einfügung in diesen Welttyp notwendig. Wenn jetzt die draußen sehen, daß wir von dem, was von unseren Heeren noch übrig geblieben ist, wieder Heeresteile formieren, damit wir nicht ganz von Polen und Tschechen aufgefressen werden, ruft man in Frankreich: Seht, sie wollen den Frieden nicht, es ist ihnen nicht ernst damit, nein, wir alle wollen ehrlich den Frieden, aber wir wollen auf deutschem Boden nicht von Fremden aufgefressen werden. Wir müssen verlangen, daß auch die andere Welt, die Welt der Sieger, das Gefühl der Anständigkeit, der Menschlichkeit, der Noblesse uns gegenüber besitzt, und da kann man nicht scharf genug aussprechen: Das, was uns jetzt zerreißt und stört, ist, daß wir seit unserer Niederlage die übrige Welt von einer Härte kennen lernen, die unerhört ist. (Sehr richtig! — Zuruf rechts: Späte Einsicht!) Wir stellen uns auf die Sätze von Wilson, auf dieser Grundlage wollen wir Frieden. Wir haben versprochen, auf die Wilsonschen Punkte einzugehen. Mögen sie sauer oder süß sein — sie werden gehalten werden bis aufs letzte, aber darüber hinaus ist nichts bisher versprochen worden, und ich frage: Wo liegen die Rechte für die Polen, jetzt vor dem Friedensschluß unsere Ostgrenzen zu überfluten? (Lebh. Beifall und Zustimmung.)

Reichsminister Erzberger erklärt, daß die Sachverständigen infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse zu spät gekommen seien, um das Schiffahrtsabkommen zu prüfen. Er habe die Verantwortung dafür, daß Deutschland nicht die unentbehrlichen Lebensmittel erhalte, nicht übernehmen können. Die Schiffe seien nicht ausgeliefert, nur zur Verfügung gestellt. Das Eigentum an ihnen verbleibt uns. Die Absendung der russischen Gefangenen mußte auch durch die Entente unterbleiben.

Schluß ¼7 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Wahl des Präsidenten und eines Vizepräsidenten. Fortsetzung der Debatte.)

•

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung um 2,25 Uhr.

Zunächst fand die Wahl des Präsidenten der Nationalversammlung statt. Von 334 abgegebenen Stimmen entfielen 295 auf den Zentrumsabgeordneten Fehrenbach, 32 waren ungültig, 7 zersplittert.

Fehrenbach erklärte, er nähme die Wahl an. Er werde bestrebt sein, mit strenger sachlicher Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, aber auch die Ordnung und die Würde des Hauses zu wahren.

Sodann fand die Wahl des Vizepräsidenten statt. Der Abg. Heinrich Schulz (SD.) wurde mit 279 von 327 abgegebenen Stimmen zum Vizepräsidenten gewählt. Vier Stimmen waren zersplittert, 34 ungültig. Darauf setzte das Haus die

Besprechung der Regierungserklärung

fort.

Reichsminister des Auswärtigen Graf v. Brockdorff-Rantzau: Meine neue Betätigung gibt mir Recht und Pflicht, Ihnen Rechenschaft abzulegen über die Grundlinien, nach denen ich die auswärtige Politik im Rahmen der allgemeinen Regierungspolitik zu führen gedenke. Ich kann die Aufgaben der deutschen Außenpolitik in zwei Gruppen zusammenfassen: Die Beseitigung des Kriegszustandes und die Herstellung normaler Beziehungen zu der Volksgemeinschaft. Leider hat Deutschlands freiwillige Entwaffnung die Feinde nicht milder gestimmt. Neuerdings haben sie den Versuch gemacht, auf diesem Wege Fragen zu regeln, die unzweifelhaft zu den Gegenständen des Friedensschlusses gehören. Ich habe diesen Versuch zurückgewiesen und werde auch zukünftig solche Versuche zurückweisen. Wir sind im Begriff, die ganze bisherige Streitmacht aufzulösen und unser altes Friedensheer, das wir im Osten gut brauchen konnten, durch eine neue republikanische Truppe zu ersetzen. Deutschland hat die Folgen seiner Niederlage auf sich genommen und ist entschlossen, die Bedingungen zu halten, die es mit den Gegnern vereinbart hat. Diese Bedingungen bedeuten eine völlige Abkehr von den politischen Zielen des früheren Deutschlands. Zur Beschränkung unserer Souveränität, der hindernden Unterwerfung unserer Differenzen mit anderen Staaten unter eine andere Schiedsgerichtspartei und zum Verzicht auf eine Rüstung sind wir bereit, wenn unsere bisherigen Gegner und unsere künftigen Nachbarn sich den gleichen Beschränkungen unterwerfen. Wir erkennen an, daß die Stellung, die Deutschland bei den Haager Friedenskonferenzen in diesen beiden grundlegenden Fragen angenommen hat, eine historische Schuld in sich schloß, für die unser ganzes Volk jetzt sühnen muß. Dieses Bekenntnis schließt aber keineswegs das Bekenntnis ein, daß Deutschland im Sinne feindlicher Behauptungen allein den Weltkrieg verschuldet habe. Wir halten deshalb an den Wilsonschen Grundzügen fest, daß dem Sieger keine Kriegskosten zu bezahlen und keine Gebiete der Besiegten abzutreten sind. Wenn wir in den von uns besetzt gewesenen Gebieten das Zerstörte wieder aufbauen, so wollen wir dies durch unsere freie Arbeit tun. Wir verwahren uns dagegen, daß man unsere Kriegsgefangenen solche Arbeit als Sklaven verrichten läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß unsere Gegner den Sieg zu einem überwiegend großen Teil nicht willkürlicher, sondern wirtschaftlicher Kriegführung verdanken, folgt, daß der Friede nicht nur ein politischer, sondern wesentlich auch wirtschaftlicher Friede sein muß. Wir dürfen dabei annehmen, daß die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz von 1916 fallen gelassen werden. Eine auch nur zeitweise Differenzierung Deutschlands auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs wäre für uns annehmbar. Allerdings müssen auch wir in der Handelspolitik umlernen. Das hängt gewiß zum Teil mit der einseitig bureaukratischen Besetzung unseres auswärtigen Dienstes zusammen. Deshalb ist es mein Plan, erfahrene Praktiker mehr als bisher in den auswärtigen Dienst zu stellen. Den Anfang habe ich bereits gemacht. Die Freiheit des Handels setzt Freiheit der Meere voraus, die deshalb für Deutschland einer der wichtigsten Punkte des Wilson-Programms ist. Wollte man Deutschland zwingen, so bedeutete das eine gewaltsame Umkehrung seiner Wirtschaftsentwickelung, die eine stete Bedrohung des allgemeinen Friedens bedeuten würde. (Lebhafter Beifall.) Ebenso wenig kann Deutschland ohne Kolonien in den Völkerbund eintreten. (Lebhafter Beifall.) Wir stimmen dem Gedanken einer internationalen Kontrolle über die Tropenkolonien unter der Voraussetzung zu, daß sich alle Kolonialmächte ihr unterwerfen und daß Deutschland an der Verwaltung und den Erzeugnissen der Kolonien einen angemessenen Anteil erhält.

Auf der anderen Seite müssen wir gefaßt sein, von dem eigentlichen Reichsgebiete wertvolle Teile zu verlieren. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen. Dem Rechte der gegenwärtigen Bevölkerung Elsaß-Lothringens wird Gewalt angetan, wenn jetzt die französische Okkupationsmacht das Land wie ein endgültig erobertes betrachtet und alle Elemente vertreibt oder gefangensetzt, in denen sie ein Hindernis gegen ihre imperialistischen Pläne sieht und wenn sie den natürlichen Anspruch eines Volkes auf seine Sprache durch gewaltsame Verwaltung antastet. (Lebhafte allseitige Zustimmung.) Aus der Tatsache, daß die Friedenskonferenz noch ihr Siegel nicht unter Elsaß-Lothringens Schicksal gedrückt hat, leiten wir die Befugnis her, für der Elsaß-Lothringer Recht einzutreten, daß ihre Stimmen bei der Entscheidung über ihr Schicksal gehört werden. Der französische Plan, das preußische Saargebiet oder die bayerische Pfalz an Elsaß-Lothringen anzugliedern, bedeutet eine imperialistische Vergewaltigung, die genau so scharf verurteilt werden muß wie die früheren Absichten deutscher Chauvinisten auf das Becken von Longwy und Briey. Freilich hat Frankreich an jeder Schwächung Deutschlands politisches Interesse, so lange beide große Nationen sich gegenseitig als Erbfeinde betrachten und deshalb bis an die Zähne bewaffnet einander gegenüberstehen. Die Friedenskonferenz wird die Aufgabe haben, Garantien zu schaffen, die einen solchen Zustand als sinnlos erscheinen lassen. Nur verkenne man nicht, die Garantien darin zu finden, daß man Teile des Reichsgebietes losreißt, die zu seinen lebenswichtigsten Gliedern gehören. Brockdorff-Rantzau kam dann auf die Pläne der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik und auf die Los-von-Berlin-Bewegung im Süden von Deutschland zu sprechen und erklärte dazu: Mag die Wiederherstellung der Main-Linie für den Augenblick vielleicht Vorteile versprechen, auf die Dauer wird eine solche Trennung mit Sicherheit zum Untergange staatlicher und wirtschaftlicher Selbständigkeit der gekrönten Glieder führen. Ein einiges Reich ist Deutschlands natürliche Lebensform. Wir gedenken weder aus Schweizern noch aus Niederländern Deutsche zu machen. Von skandinavischen Völkern annektieren wir nur die Sagen ihrer Vorzeit und Gedichte ihrer Gegenwart. Aber mit unseren österreichischen Brüdern halten wir bis zum Zusammenbruch des römischen Reiches deutscher Nation die gleiche Geschichte. Wenn wir uns jetzt wieder zusammenfinden, so wissen wir, daß wir nur eine späte Korrektur an einem Fehler der Reichsgründung vornehmen, der die Friedenskonferenz die Sanktion gewiß nicht versagen wird. Schon jetzt dürfen wir Verwahrung einlegen gegen die Unbill, die Deutsch-Österreich von ehemaligen Reichsgenossen angetan wird. Graf Brockdorff-Rantzau kam dann auf die Uebergriffe des neuen tschecho-slowakischen Staates gegen Deutschland zu sprechen und legte scharfen Protest dagegen ein. Ueber die wirtschaftlichen Bedürfnisse des tschecho-slowakischen Staates wird ruhig verhandelt werden können. Das neue Deutschland hat am Gedeihen der aufstrebenden Nachbars ein gleich vitales Interesse, wie dieser an Deutschlands wirtschaftlicher Gesundheit. Sind wir hiernach entschlossen, ringsumher zugunsten neuer Völker das Recht der Nationalität geltend zu machen, so sollen wir das Recht auch da anerkennen, wo es sich gegen unsere Machtstellung wendet. Das gilt vor allem für das Volk der Polen. Das ist kritisch ist, welche Gebiete unter den 13. Punkt von Wilsons Programm fallen, das mag eine unparteiische Instanz darüber entscheiden. Bis dahin gehören diese Gebiete zum Reich. Unser eigener Vorteil verlangt, daß die Hetzatmosphäre, die augenblicklich die deutsch-polnischen Beziehungen vergiftet, noch vor Beginn der Friedensverhandlungen reinerer Luft des gegenseitigen Verständnisses weicht. Es muß und wird unser Bestreben sein, durch sorgfältige Träger der gemeinsamen Interessen und durch gegenseitige Schonung der nationalen Eigenart einen Modus vivendi zu finden. Dazu gehört vor allem die Anerkennung des polnischen Rechtes auf gesicherten Verkehr mit der Ostsee. Das Problem kann durch vertragsmäßige Regelung der Weichsel-Schiffahrt und durch Eisenbahn- und Hafenkonzessionen gelöst werden, ohne daß die Reichshoheit über unversäußerliches ostpreußisches Gebiet angetastet zu werden braucht. Auch gegen eine Stellung dieser Rechte, wie überhaupt der polnischen Selbständigkeit und der internationalen Garantien hätte Deutschland nichts einzuwenden, so lange darin keine Spitze gegen einen bestimmten Nachbar enthalten ist. Was den deutschen Polen recht ist, ist den deutschen Dänen billig. Nach der Entwicklung, die die Dinge genommen haben, hoffe ich, daß in unserem Nordgebiete ein Vorbild geschaffen wird, wie in freier Verständigung in redlichem Ausgleich langjähriger Völkerzwist zur ausdauernden Völkervereinigung geführt wird. (Beifall.) Nach dem Weltkriege der Volksmassen muß die Frage der sozialen Befreiung der Arbeiterschaft international entschieden werden. Es wird zum Nachteil gewissenhafterer und fortschrittlicherer Nationen ausschlagen, wenn es den Spekulanten menschlicher Arbeitskraft freistünde, den ungerechten Vorteil ihrer niedrigen Produktionskosten zur Ausschaltung ihrer Mitbewerber auszunützen. Aber das Ziel, das hier verfolgt wird, ist nicht nur materiell, sondern edlerer Natur. Ihm liegt der Gedanke zugrunde, die allen Menschen gemeinsame Aufgabe, das Leben innerlich reicher und vollkommener zu gestalten und nicht immitten gesteigerter Zivilisation zu Maschinenteilen des Produktions-Prozesses herabzusinken. Es handelt sich um friedliche Verständigung über den Weg, den die soziale Entwickelung nehmen soll. Der Gedanke sozialer Befreiung ist nirgends mehr zu Hause, als in Deutschland. Das legt uns die vornehme Pflicht auf, Frieden nicht zu schließen, ohne den Versuch, unser soziales Programm international zu sichern. Es wäre eine Verleugnung unseres sozialen Geistes, daß die Friedensverträge, die Deutschland mit den Ostmächten schloß, rein kapitalistischen Charakter tragen.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich bei den Vorschlägen für die Friedensbestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung, insbesondere auf den Boden der Beschlüsse der bekannten Konferenz in Leeds und Bern zu stellen. Vom kommenden Frieden erwarten wir, daß er der Welt in dem von Wilson verkündeten Völkerbund eine feste Organisation schafft. Deutschland ist entschlossen, an der Ausgestaltung des Bundes rückhaltlos mitzuarbeiten, obwohl die anderen uns nur mit tiefem Mißtrauen zusehen werden. Dieses Mißtrauen können wir durch Beweise aufrichtiger Friedensliebe überwinden. Ein solcher Beweis wird zunächst in unserer entschlossenen Abkehr von jeder Rüstungspolitik liegen; denn eine Außenpolitik, die sich auf überlegene Waffenmacht stützt, ist zwar eine bequeme, aber meist eine schlechte und unrentable Politik. Von mir jedenfalls werden Sie nie eine solche Führung der Reichsgeschäfte erwarten dürfen, die nie alle Augenblicke ans Schwert schlägt, um ihre Absichten durchzusetzen, sondern den Gegner davon überzeugt, daß es sein eigenstes Interesse ist, auf unsere Absichten einzugehen. Mit der äußeren Abrüstung muß die geistige Abrüstung Hand in Hand gehen. Alle Differenzen rechtlichen Charakters, die zwischen uns und einem anderen Volke auftauchen, müssen wir in versöhnlichem Geiste behandeln, und wenn sie diplomatisch nicht zu schlichten sind, dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten. Daneben werden wir uns angelegen sein lassen, internationale Einrichtungen zur Vermittlung und Einigung auszubauen. Der Völkerbund bedarf auch gewisser Zwangsmittel, um seine Beschlüsse zu vollstrecken. Der damit verbundene Verzicht auf einen erheblichen Teil der Souveränität kann einem freien Volke nur zugemutet werden, wenn es an der Exekutive beteiligt ist. In einem Völkerbund, bei dem wir ausschließlich Objekt der Exekutive sein würden, werden wir nicht eintreten können. Trotz mancher Schwierigkeiten geht ich die Hoffnung nicht auf, daß die durch den Weltkrieg gemarterte Menschheit diese neue bessere Regelung des Völkerrechts als Frucht ihrer Opfer und Leiden davontragen wird.

Dann wird es möglich sein, daß der Haß allmählich wieder der Achtung Platz macht, ohne die kein menschlicher Verkehr bestehen kann. Das gilt nicht bloß für die feindliche Nation im Westen, sondern auch für den Nachbar im Osten, mit dem wir jetzt, ohne Vertrag und diplomatische Beziehungen in tatsächlichem Kriegszustande leben. Die russische Sowjet-Republik hat der Entente erklärt, sich mit ihr in Verhandlungen auf der Grundlage einzulassen zu wollen, daß sie die bolschewistische Propaganda bei anderen Völkern einstellt, dafür aber die politischen Verhältnisse Rußlands ohne fremde Einmischung regelt. Was Deutschland anlangt, sehe ich keine Bedenken, auf dieser Grundlage eine Verständigung mit Rußland anzustreben. Nur die eine Bedingung wäre zu stellen, daß auch Rußland das Selbstbestimmungsrecht der Völker annimmt. Der Völkerbund wird aber ein Torso bleiben, wenn nicht auch die Neutralen zugezogen würden. Man wird diese um so weniger ausschließen wollen, als man ihnen vielfach zu großem Danke verpflichtet ist für Leistungen und Opfer, die sie zugunsten Angehöriger der Kriegsparteien auf sich nahmen. Ich benutze die Gelegenheit, den Teil der Dankesschuld, der auf Deutschland entfällt, im Namen des ganzen deutschen Volkes freimütig anzuerkennen und bin dabei der Zustimmung der deutschen Nationalversammlung gewiß. (Lebhafte Zustimmung.) Ich den-

besonders an die hervorragenden unvergeßlichen Dienste, die Volk und Regierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Spanien und der Schweiz den deutschen Internierten und Gefangenen geleistet haben, und der freundlichen Aufnahme, die dort viele unserer Kinder und Kranken während des Krieges finden durften. (Lebhafte Zustimmung.) Das Vertrauen, das ich von Ihnen erbitte, wird nicht beeinträchtigt werden durch den Namen, den ich von meinen Vorfahren übernommen habe. Ich hoffe, Ihnen zu beweisen, daß man zugleich Graf und überzeugter Demokrat sein kann. Diese Nationalversammlung mag die entscheidenden Beschlüsse darüber fassen, wie Deutschland den Weltkrieg beenden soll. Der Geist, der Ihre Debatten leitet, wird für die Frage entscheidend sein, ob die Sieger das deutsche Volk als gleichberechtigt anerkennen oder ob sie ihm Bedingungen zumuten, die es zwingen würden, lieber die äußersten Folgen zu tragen, als sich diesen Bedingungen zu unterwerfen. Gewiß, wir haben nach innen und außen manches gutzumachen, besonders gegenüber Belgien, und daher haben wir keinen Anlaß, hochfahrende Worte zu führen. Aber wir haben auch unschätzbare, wertvolle innere und äußere Güter zu verteidigen, und deshalb die Verpflichtung, unsere Eigenart und Selbständigkeit auch dem Sieger gegenüber zu behaupten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind besiegt, aber nicht entehrt. Zu einem Teil ist des deutschen Volkes Würde in meine Hand gegeben, ich gelobe, daß ich sie wahren will. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Keil (SD.): Es war ein großes Glück für das deutsche Volk, daß im Augenblick des katastrophalen Zusammenbruchs eine starke sozialdemokratische Partei vorhanden war, denn sonst wäre das Chaos die unausbleibliche Folge gewesen. So hat sich die Sozialdemokratie als die staatserhaltende Partei erwiesen, die den Staat vor dem Sturz in den Abgrund gerettet hat. Die Partei ist bereit, mit den Parteien, die sich aufrichtig auf den Boden der demokratischen Republik stellen, gemeinsam zu arbeiten. Mit Entrüstung lehnen wir die Kampfmethode ab, die in den letzten Wochen zu blutigen Straßenkämpfen geführt hat. Zwei konkurrierende Zentralgewalten sind im Deutschen Reiche nicht möglich. Darum ist der Antrag, der den Räten ein Veto-Recht gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung einräumen will, für uns unannehmbar. Auch wir Sozialdemokraten heißen die Deutschösterreicher willkommen. Eine starke Zentralgewalt war nie notwendiger als heute. Der Siegerübermut der Feinde droht uns mit Zerstückelung. Dagegen bäumen wir uns auf. Was deutsch ist, soll deutsch bleiben, im Osten und Westen. Im Namen der Menschlichkeit erheben wir Einspruch gegen die Fortdauer der Hungerblockade und fordern die Auslieferung der Kriegsgefangenen. Wir sind stets gute Internationalisten gewesen. Das hindert uns nicht, auch gute Deutsche zu sein. Daher wehren wir uns gegen alle Schmach und fordern volle Gerechtigkeit. Wir haben die Freiheit im Innern errungen und lassen uns von Fremden nicht knebeln.

Graf v. Posadowsky-Wehner: Es kann nur die Aufgabe aller Parteien des Hauses sein, das bedrohte Vaterland aus seiner Not zu erretten und dazu gehört ein großes Maß von Opfermut und Selbsterkenntnis. Wenn wir die inneren Verhältnisse unseres Landes mit denen anderer Staaten vergleichen, so hat das alte Preußen und Deutschland immer noch glänzend abgeschnitten, während wir jetzt unter der Kontrolle der Arbeiter- und Soldatenräte schon zu einer vollkommenen Desorganisation gekommen sind. Nach der Entlassung Bismarcks sind wir in eine Weltpolitik hineingetrieben worden, und zwar leider in eine vollkommen verfehlte, weil ihre Grundlagen, die Flottenpolitik und die Kolonialpolitik versagten und versagen mußten. Wenn jetzt die Lebensmittelvorräte nur noch für kurze Zeit reichen, so ist die Revolution zum großen Teil daran schuld. (Lauter Widerspruch links.) Die unsinnigen Lohnsteigerungen haben unsere Banknoten entwertet.

Graf v. Posadowsky verlas dann zur Frage der Monarchie eine Erklärung seiner Freunde, in der es heißt: Nach dem Umsturz der Verhältnisse werden wir uns nicht der vaterländischen Pflicht entziehen, wie an dem Wiederaufbau des Reiches, so auch unter der neuen Regierung mitzuarbeiten. Nach wie vor sind wir der Ueberzeugung, daß die Monarchie für Deutschland die beste Staatsform ist. Ich hoffe, daß sich für die Beratung der Reichsverfassung ein gewisses Einvernehmen der bürgerlichen Parteien wird erzielen lassen und daß es unserem Volke gelingt, sich aus der jetzigen schweren Zeit wieder aufzurichten.

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Präsident **Fehrenbach** schlägt vor, folgende Fachausschüsse zu bilden: Für Reichshaushalt mit 28, Wahlprüfungen mit 11, Geschäftsordnung mit 21, allgemeine Rechnungen mit 14, für Handel und Gewerbe und für soziale Angelegenheiten mit je 28 Mitgliedern.

Schluß nach 7 Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr.

Interpellation Heinze über den Waffenstillstand, Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung in Verbindung mit der ersten eventuell zweiten Beratung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat 1918.

Aus der Nationalversammlung.

Interfraktioneller Ausschuß der weiblichen Abgeordneten.

Die weiblichen Mitglieder der Nationalversammlung sind zu einem interfraktionellen Ausschuß zusammengetreten, um solche Fragen, die zur Vertretung durch weibliche Abgeordnete besonders geeignet sind, zusammen zu beraten. Zuerst wird beabsichtigt, einen Protest gegen die Blockade einzubringen.

Kreditvorlage.

Der Nationalversammlung ist eine Kreditvorlage über 25 300 Millionen Mark zugegangen.

Waffenstillstand und Frieden.

In Trier traf gestern der Sonderzug der deutschen Waffenstillstandskommission ein. Die deutschen Delegierten sind Reichsminister Erzberger, General von Hammerstein, Gesandter Hantel und Kapitän Vanselow. Außerdem sind mit Unterstaatssekretär Freih. von Braun vom Reichsernährungsamt an der Spitze eine größere Anzahl von Ressortvertretern und Sachverständigen der Industrie, der Finanzen, des Handels, der Schiffahrt und der Seeleute als Berater in Trier anwesend. Wie früher finden die eigentlichen Waffenstillstandsverhandlungen in Fochs Salonwagen am Bahnhof statt. Marschall Foch eröffnete um 3 Uhr die Sitzung mit einigen kurzen Worten des Hinweises auf die Entwicklung seit der letzten Zusammenkunft und erteilte das Wort dem Reichsminister Erzberger.

•

(Funkspruch des englischen Pressedienstes. Von Lyon nach Amerika. Aufgenommen von der F.-T.-Leitung des A.- und S.-Rates **Hamburg** [Seewarte]). Bei der endgültigen Sitzung der Völkerbundkommission war Wilson abwesend, weil er einer Sitzung des obersten Kriegsrates beizuwohnen hatte. Die Franzosen machten eine letzte Anstrengung, ihren Vorschlag für ein internationales Heer durchzudrücken. Bei der Abstimmung stimmte nur der tschecho-slowakische Vertreter für sie. Die Franzosen zogen dann ihren Vorschlag zurück und eine Uebereinstimmung wurde einstimmig erreicht.

Die Differenzen im obersten Kriegsrat wegen der neuen Bedingungen des Waffenstillstandes sind Donnerstag abend beigelegt worden. Die Ausdehnung des Waffenstillstandes wird Elemente des Präliminarfriedens umfassen. Er wird schwere Bedingungen enthalten, welche Deutschland akzeptieren muß, um Ermäßigung in der Blockade zu erlangen.

Die „Basler Nationalzeitung“ erklärt die neu geplante Verschärfung der militärischen Bedingungen für eine überflüssige, häßliche Bosheit, weil jedermann, der auch nur einige Tage in Deutschland verbringe, sich darüber klar sei, daß ein Widerstand Deutschlands heute völlig undenkbar sei. Eine ungeheure, das russische Vorbild weit übersteigende **Katastrophe sei in Deutschland unvermeidlich**, wenn nicht bald die Vernunft in Paris einkehre. In dem verhängnisvollen Irrtum Fochs werde die ganze Welt, **Frankreich eingeschlossen**, zugrunde gehen.

Wilson kehrt morgen nach Amerika zurück, an seine Stelle tritt mit allen Vollmachten Oberst House.

Spartakistisches.

Seit Donnerstag vormittag steht **Sterkrade** bei Düsseldorf unter spartakistischer Herrschaft. Das Rathaus, die Reichsbank, die Post, Sparkasse und der Bahnhof sind besetzt. Die ankommenden Züge werden auf regierungstreue Truppen durchsucht. Die Polizeimannschaft wurde entwaffnet, sie versieht nur noch den inneren Dienst. Die Spartakisten verlangen u. a. die Uebernahme des Sicherheitsdienstes, sowie die Abschaffung des Arbeiterrates und seine Ersetzung durch Spartakisten. Die Beamtenschaft Sterkrades beschloß die Entfernung der Wachtposten von den Straßen und den öffentlichen Gebäuden. Zu Gewalttaten ist es nicht gekommen. Die Spartakisten stellten vor dem Rathaus Maschinengewehre auf. Berittene Spartakisten durchziehen die Straßen.

Bei der **Mansfelder Gewerkschaft** erzwangen nach bürgerlichen Blättermeldungen bewaffnete Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats die Vornahme von Wahlen zu Zechenräten, welche die **sofortige Sozialisierung** vornehmen sollen. Die Beamten traten darauf in den Streik, sodaß viele Schächte still liegen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Radek in eisernen Fesseln?

In der „Freiheit“ veröffentlicht der Verteidiger Radeks, Rechtsanwalt Dr. Weinberg, einen Protest, weil ihm ungestörte Besprechungen mit seinem Klienten nicht gestattet wurden. Radek schmachte in so schweren eisernen Fesseln, wie das selbst bei Raubmördern heute nicht mehr üblich und bei politischen Gefangenen wohl noch niemals vorgekommen sei. — Zur Verhaftung Radeks berichtet die „Voss. Ztg.“: Schon jetzt steht fest, daß Radek die Sache des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht für verloren gegeben hat, daß er nach dem Mißerfolge im Januar es für notwendig gehalten, die spartakistische Organisation straffer zu gestalten, sie nach bekanntem russischem Muster in eine gesetzmäßige (öffentliche Werbetätigkeit) und in eine ungesetzliche (geheime Bewaffnung der Mitglieder des Spartakusbundes) zu teilen. Dafür sollten die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Im März etwa sollte nach gründlicher Vorbereitung ein neuer spartakistischer Putsch nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche losbrechen, während gleichzeitig das russische bolschewistische Heer gegen die deutschen Ostgrenzen vorstoßen sollte.

Rücktritt der Groß-Berliner S.-Räte.

Am Freitag tagten die Groß-Berliner Soldatenräte. Das Bureau erklärte seinen Rücktritt mit der Begründung, daß für die Soldatenräte keine Berechtigung zum Weiterbestehen mehr vorhanden sei. Es müßten die in den Garnisonen vorhandenen Soldaten neue Soldatenräte wählen. Hinter den Groß-Berliner Soldatenräten stünden keine 20 000 Mann mehr. Die Versammlung nahm diese Erklärung mit dem allergrößten Unwillen entgegen und sprach schließlich gegen wenige Stimmen dem Bureau das Mißtrauen aus. Es wurde dann auf Antrag der Unabhängigen, während die sozialdemokratischen Mitglieder zum großen Teil nicht im Saal waren, beschlossen, die Leitung der Groß-Berliner Soldatenräte den soldatischen Mitgliedern des Vollzugsrates Groß-Berlins zu übertragen.

Ein Aufruf Hindenburgs.

In einem Appell an die waffenfähige Mannschaft Deutschlands erinnert Generalfeldmarschall von Hindenburg an die deutschen Erfolge im Osten im Jahre 1914 und fordert seine alten Kameraden und Mitkämpfer von Tannenberg und an den Masurischen Seen zur Hilfe gegen den neuen Feind, den **Bolschewismus**, auf. Der Aufruf schließt: „Mein Appell an Deutschlands Söhne darf nicht ungehört verhallen, welchen Stammes Ihr seid, ob Bayern, Sachsen, Schwaben oder Preußen, welcher Partei Ihr angehört, wir sind alle Deutsche! Vergeßt, was uns trennen könnte, findet Euch wieder zusammen in der Liebe zur Heimat, in Selbstzucht und Vertrauen zu Euren Führern!

Rußland.

Neues Attentat gegen Lenin. Wie aus Stockholm gemeldet wird, ist ein neuer Mordversuch gegen Lenin während einer Autofahrt unternommen worden. Lenin blieb unverletzt, während sein Chauffeur schwer verwundet wurde. Der Attentäter wurde festgenommen und erschossen.

England.

Forderungen der Arbeiter. Im Unterhause brachte **Brace** seitens der Arbeiterpartei ein Amendement ein, in dem bedauert wird, daß im Programm der Regierung keine endgültigen Vorschläge, die sich mit den augenblicklichen Ursachen der Unzufriedenheit in der Industrie befassen, erwähnt werden. Brace erklärte, die Arbeiterpartei erhebe Einspruch gegen den Zwangsvergleich, den sie für unbillig halte. Die Unzufriedenheit würde nicht eher beseitigt, bis die Regierung sich mit den fundamentalen Fragen befaßt und **den Grundbesitz, die Bahnen und Bergwerke verstaatlicht habe.** Thomas forderte die Regierung auf, mit den Reaktionären ebenso entschlossen zu verfahren wie mit den Bolschewisten. Das Amendement der Arbeiterpartei wurde mit 311 gegen 99 Stimmen **abgelehnt.**

Kleine politische Nachrichten.

Ueber die Zusammensetzung der **Kreistage** in Preußen wird ein neuer Gesetzentwurf erlassen, nach dem bis zum 15. April die Neuwahlen stattzufinden haben.

Eine königliche Schauspielerin.

Roman von Ludwig Sendler.

17. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Fräulein Neumann drohte hinter ihm her, dann tat sie kopfschüttelnd, was er geheißen. Als ob sich das nicht ganz von selbst verstanden hätte!

Die Tür des Doktors von seinem Ordinationsraum zum Wartezimmer öffnete sich, aber nicht das trockne konventionelle „Bitte“ vernahm man in diesem Falle von ihm.

Mit wahrer Herzlichkeit ging er der Jugendgespielin entgegen, ihr beide Hände zum Gruß darbietend.

„Daniela, verehrtestes, liebes Fräulein — willkommen!“

Dann begrüßte er freundlich, den Grund ihres [illegible] wohl schon ahnend, auch Frau Nieritz und deren kleine Berta, die zu nochmaligem langen Verweilen auf ihren Sitzen zurück[illegible]. Daniela aber geleitete er unverzüglich in sein Sprechzimmer, wo er sie auf seinem eigenen Doktorstuhl Platz nehmen ließ, während er selbst sich mit dem [illegible] seiner Patienten begnügte.

„Daniela, liebes Fräulein,“ [illegible] er [illegible] dahin und betrachtete [illegible] ihre Gestalt mit Blicken. „Ist es möglich? Sie wirklich einmal in meinem armen Junggesellenheim, das noch durch keine Sonne so strahlend erleuchtet wurde, wie durch Ihre Gegenwart!“

„Ausgezeichnet, [illegible] diese Hymnen zu meinen Ehren,“ zog Daniela das in seinen Worten [illegible] zum Ausdruck Gelangende ins Gemütlich-Scherzhafte. „Fast könnte man an Graf [illegible] glauben, wüßte man nicht, wieviel Schlimmerei gewöhnlich hinter solchem Schwall von Worten steckt.“

„Schelmerei? Ganz und gar nicht, Daniela. Ein Glückstag ist in der Tat heut für diese Räume, ein Glückstag auch für mich, den Gespielen Ihrer Jugend.“

Zum erstenmal eine Erinnerung des Doktors daran.

„Aber vor allen Dingen jetzt,“ änderte Daniela sogleich das Thema, „zu der Mission, die mich herführt, in der Sie mir Ihren Beistand versprachen.“

„Richtig, die Angelegenheit der kleinen Nieritz. Sie haben das Kind mit sich?“

„Und zugleich, wie Sie sahen, die Mutter. Sie erschien gegen Mittag und brachte mir Berta, eben aus dem Ballettsaal gekommen, mit einer ansehnlichen Wunde an der Stirn. Man vermutet wohl deren Entstehung, beweisen scheint man sie leider nicht zu können.“

„Dann liegt die Sache nicht sehr günstig. Wie äußerte sich das Kind?“

„Aus ihr ist nichts herauszubringen. Bestätigte es sich, daß [illegible], der Ballettmeister, ihr die Verletzung beibrachte oder sie auch nur verschuldete, so läge eine Roheit sondergleichen vor, und man hätte die Pflicht, der Sache auf den Grund zu gehen.“

„Wer?“

„Ganz zuerst natürlich die Mutter. Da aber ihre fortgesetzten Bemühungen fehlschlugen —“

„Einen Vater hat die Berta nicht?“

„Keinen rechtmäßigen. Ihrem Stiefvater geht das Kind nichts an. Er kümmert sich auch nicht um sie.“

„Hm, und da wollten wirklich Sie, Daniela —“

„Schon die bekümmerte Mutter erregte mein Mitleid, in höherem Maße aber jetzt noch das Kind. Wenn sich niemand solcher Wesen annimmt —!“

„Nun, so weit es eben möglich, wollen wir das ja.“

Doktor Rittershaus ging zur Tür, um Frau Nieritz aus dem Wartezimmer in sein Sprechzimmer zu rufen. Ungläubig zaghaft mit ihrer Kleinen an der Hand folgte sie seiner Einladung.

„Hier, nehmen Sie Platz, Frau,“ sagte er kurz, aber nicht unfreundlich, und deutete auf einen Stuhl an der Wand des Zimmers. „Die Berta kommt zu mir und wird mir nun erzählen, was geschehen ist. Hier erst mal die Schokolade — so.“ Er reichte ihr ein Täfelchen. Sich an Frau Nieritz wendend, fragte er: „Hat das Kind gebrochen?“

„Nein, Herr Doktor.“

„Oder Schlafneigung gezeigt?“

„Auch nicht.“

„Hast dich gestoßen, armer Kerl?“ bedauerte er dann wieder Berta. „Zeig doch einmal dem Onkel dein Wehweh her, willst du?“

Und behutsam nahm er das Kind vor sich, ihm die Binde von der Stirn zu lösen. Es zuckte aber schon, als er es an beiden Schultern faßte.

„Au!“

„Was denn „au“, mein Kind? Ich bin dir ja noch gar nicht angekommen.“

Dennoch verzog Berta ihr Gesichtchen schmerzlich und faßte rasch mit ihrer linken Hand nach der rechten Schulter.

„Tut dir da was weh?“ fragte sie Rittershaus und drückte noch einmal absichtlich fest auf die Stelle, bei deren Berührung Berta gewehklagt hatte.

Wieder ertönte ihr lebhaftes „Au!“ und es schien dem Kinde unmöglich, sich der Tränen zu erwehren.

„Na, dann später,“ entgegnete Rittershaus auf einen fragenden Blick Danielas. „Zuerst beschäftigt uns das Neueste.“

Er beseitigte den Verband um Bertas Kopf und prüfte ganz genau die Wunde, die aus einem Hautdurchschlag bestand und zu einer tüchtigen Schwellung, [illegible], geführt hatte.

„Ein fester Schmiß,“ gab er sein Gutachten ab, „wird in allen Regenbogenfarben schillern, ohne aber viel auf sich zu haben. Bliebe also nur die Roheit festzustellen, wenn — — Aber Zeugen sagten Sie, Daniela, sind nicht da?“

„Nein.“

„Also, Berta, sag mir mal, wie du zu Fall gekommen bist,“ fragte jetzt der Doktor. „Bist du ausgeglitten oder — hat dich einer arg gestoßen, daß du hinfielst? Vielleicht Herr — Herr Czadek?“

Alle lauschten, aber: „Ich weiß nicht,“ entgegnete das Kind und blieb dabei, auch als der Doktor später seine Frage wiederholte.

„Ziehen Sie die Kleine einmal aus,“ forderte er jetzt Frau Nieritz auf, die eifrig dem Geheiß entsprach.

Rittershaus besah zunächst die Berta schmerzende Stelle auf der rechten Schulter. „Eine Kontusion,“ erklärte er, „und hier am linken Oberarm dasselbe. Ich nehme an, Frau Nieritz, daß Sie Ihr Mädelchen nicht stoßen oder kneifen. Tut Ihr Mann es?“

„Niemals, Herr Doktor.“

„Auch nicht, wenn Sie außerm Haus sind, er allein mit dem Kind?“

„Ich bin fast niemals außerm Haus, der vielen Arbeit wegen, aber wenn ich's bin — der Nieritz rührt das Kind nicht an.“

„Hm,“ sagte der Doktor zu Daniela, „ich werde also zunächst ein Attest ausstellen, was ich fand und worauf's zurückzuführen. Damit müssen wir zu agieren suchen. Schade, daß im ganzen Probesaal nicht einer war, der ein Auge für die Sache hatte.“

„Einen doch vielleicht,“ bemerkte jetzt ängstlich Frau Nieritz. „Frau Ehbod sagte es mir, als sie Berta gegen Mittag brachte. Sie wollte aber nicht verraten, wer. Es gäbe bloß Klatsch.“

„So — wie heißt die Frau?“

„Frau Ehbod, Herr Doktor. Das gnädige Fräulein kennt sie sicher?“ Die Sprecherin wandte sich halb fragend an Daniela.

„Flüchtig, vom Begegnen.“

Der Doktor hatte sich an seinen Schreibtisch gesetzt. Er fertigte ein Rezept aus, das Frau Nieritz machen lassen sollte, und gab ihr sonstige Verhaltungsmaßregeln. Dann entließ er sie [illegible] das Kind, dem Daniela noch ein Geldstück mit der Weisung „[illegible] die Apotheke“ in die Hand schmuggelte.

„Auf Wiedersehen, Frau Nieritz,“ sagte sie, „und — schicken Sie mir Berta bald.“

Wieder war die Künstlerin mit Doktor Rittershaus allein. Er brachte jetzt auch sein Gutachten zu Papier, dann rief er Daniela, vor allen Dingen die Frau Ehbod auszuforschen, wen sie mit dem einen, der vielleicht etwas wisse, gemeint habe.

Fortsetzung folgt.

Der Beamtenausschuß der Eisenbahndirektion Bromberg teilte der Regierung mit, daß die Beamten des Direktionsbezirks, falls nicht bis zum 15 Februar ausreichende militärische Hilfe für den Osten entsandt würde, die Arbeit niederlegen würden.

In Mannheim demonstrierten 6000 demobilisierte Militärpersonen, die nach französischer Bestimmung die neutrale Zone verlassen müssen. Sie fordern von der Reichsregierung innerhalb 48 Stunden Bewilligung aller Unterstützungsforderungen, widrigenfalls sie in Mannheim bleiben selbst auf die Gefahr, daß die Stadt besetzt wird.

Die preußische Landesversammlung wird zum 4. März einberufen.

In Preßburg fanden Kämpfe zwischen Tschechen und Ungarn statt, bei denen es acht Tote, 40 Schwer- und 500 Leichtverletzte gab.

Die Deutschen haben Bialystok kampflos geräumt. Die Stadt ist im Besitz polnischen Militärs und polnischer Behörden.

Windau ist infolge seiner Beschießung durch englische Kriegsschiffe von den Bolschewisten geräumt worden.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Sonnabend, 15. Februar.

Das amtliche Wahlresultat zur Bürgerschaft.

Das amtliche Bürgerschaftswahlresultat wurde heute mittag verkündet. Abgegeben sind danach 37 275 gültige und 336 ungültige Stimmen. Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Wahlvorschlag 7 (Soz.)				19 556
" 1	Deutschnatl., verbund.	1481		
" 8		2710	zus.	4 191
" 2	Demokraten, verbund.	4341		
" 3		2929		
" 4		3808	zus.	13 528
" 5		1582		
" 6		868		

Da 80 Mandate zu vergeben waren, so entfielen bei einer Verteilungszahl von 461 (Restzahl 194) auf Wahlvorschlag 7 42 Sitze, auf die verbundenen Wahlvorschläge 1 und 8 9 (Restzahl 42), und auf die verbundenen Wahlvorschläge 2—6 29 Sitze (Restzahl 159). Nach weiterer Berechnung verteilen sich die Mandate der verschiedenen Vorschläge folgendermaßen: Wahlvorschlag 1 erhält drei Mandate, Wahlvorschlag 8 sechs, Wahlvorschlag 2 zehn, Wahlvorschlag 3 sechs, Wahlvorschlag 4 acht, Wahlvorschlag 5 drei und Wahlvorschlag 6 zwei Mandate. Da nur wenn über 50 Proz. der auf den Listen enthaltenen Namen abgeändert sind, eine Verschiebung der Kandidaten erfolgen kann, dies aber nirgends der Fall war, so sind die an erster Stelle auf den Wahlvorschlägen aufgeführten Kandidaten gewählt. Die Namen der neuen Bürgerschaftsmitglieder sind:

1. Henk, F., Bültwisch. Peckelhoff, R., Lübeck. Jaacks, F., Dissau. — 2. Dimpker, C., Kaufmann. Rosenquist, H., Tischlermeister. Heise, J., Druckereibesitzer. Hartmann, M., Ehefrau. Reimpell, J., Rektor. Mandke, H., Maurermeister. Ambrosius, H., Prokurist. Scheither, F., Malermeister. Albers, O., Kaufmann. Wallroth, Dr., Syndikus. — 3. Klein, J., Postsekretär. Schimann, M., Kaufmann. Bartels, E., Lehrerin. Meyer-Lüerssen, Dr. Boie, E., Kaufmann. Pauels, C., Bankbeamter. — 4. Pape, A., Fabrikant. Heinsohn, C., Malermeister. Thiel, H., Fabrikdirektor. Landau, Charl., Ehefrau. Neumark, Dr., Direktor. Schwabroch, J., Kaufmann. Mohr, Aug., Kaufmann. Neufeldt, F., Baurat. — 5. Görtz, H., Dr., Rechtsanwalt. Eschenburg, H., Kaufmann. Schulmerich, M., Rektor. — 6. Niemann, H., Schlutup. Hargus, K., Travemünde. — 7. Stelling, J., Redakteur. Schwartz, Th., Geschäftsführer. Wittfoot, K., Zigarrenfabrikant. Nare, B., Geschäftsführer. Löwigt, P., Redakteur. Böger, J., Geschäftsführer. Hoff, P. Arbeitersekretär. Ehlers, G., Gastwirt. Bruns, W., Schneider. Henze, A., Geschäftsführer. Radden, H., Gewerkschaftsbeamter. Mehrlein, F. Arbeitersekretär. Rodsien, A., Gewerkschaftsbeamter. Bromme, W., Parteisekretär. Ehlers, H., Gewerkschaftsbeamter. Haut, A., Lagerhalter. Voth, H., Gauleiter. Kleinfeld, A., Gewerkschaftsbeamter. Jaeckstat, L., Hausfrau. Mengel, H., Hausfrau. Schermer, E., Lehrer. Timmermann, K., Apotheker. Meyer, K., Schlosser, Moisling. Haselstein, H., Bureaugehilfe, Travemünde. Schäver, Lagerhalter, Schlutup. Wolfradt, H., Mechaniker. Wegner, W., Dummersdorf. Knapp, E., Former. Peck, A., Former. Pulz, A., Beleuchtungsaufseher. Richert, Lagerhalter, Vorwerk. Möller, F., Maurer. Thies, Chr., Dekonom. Henschen, Fr., Rektor. Möller, K., Hafenarbeiter. Casbohm, Eisenbahnhandwerker. Plankhaft, M., Zeichenlehrer. Löwigt, A., Schlosser. Körner, K., Buchdrucker. — 8. Reimpell, G., Kaufmann. Kanitz, K., Pastor. Müller, F., Lehrerin. Mittorn, Dr., Rechtsanwalt. Roth, O., Dr., Professor. v. Brocken, Dr., Rechtsanwalt.

Gegen den Lübecker Soldatenrat wird unentwegt gewühlt und die bürgerliche Presse leiht gern ihre hilfreiche Hand dazu, was bezeichnend für die Kräfte ist, die hinter der Bewegung stehen. So berichtet gestern abend der „General-Anzeiger" daß die Unteroffiziere in der Donnerstag-Versammlung der Soldaten unter Protest den Saal verlassen hätten, weil man die Redezeit beschränkt und daß die Mannschaften der Sicherheitswache später diesem Beispiel gefolgt seien. Von der Sicherheitswache werden wir ersucht, mitzuteilen, daß diese Behauptung falsch ist. Ihre Mannschaften haben die Versammlung nur verlassen, weil sie zum Dienst mußten. Mit dem Protest der Unteroffiziere haben sie absolut nichts zu tun.

Aufhebung der Dachpappen-Beschlagnahme. Die Beschlagnahmeverfügung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung betreffend Beschlagnahme von Rohpappen und Dachpappen aller Arten ist soeben aufgehoben worden. Dadurch ist die Veräußerung und Lieferung von Dachpappen frei, ohne daß es noch der Stellung von Freigabeanträgen bedarf. Wie uns hierzu der Kriegsausschuß der Rohpappen- und Dachpappen-Industrie G. m. b. H. mitteilt, bleibt jedoch auf Anordnung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung eine Kontrolle der Rohpappenverkäufe bestehen. Diese wird derart ausgeführt werden, daß die Kriegs-Hadern-Aktiengesellschaft Lumpen zur Herstellung von Rohdachpappe nur dann zuweist, wenn der betreffende Rohpappenfabrikant eine Verpflichtungserklärung dahingehend unterschrieben hat, daß die unter Verwendung dieser Lumpen hergestellte Rohdachpappe nur auf Anweisung des Kriegsausschusses abgegeben wird. An der bisherigen Art der Auftragsweiterleitung an Rohpappenfabriken wird deshalb trotz Aufhebung der Beschlagnahme nichts geändert. Die Dachpappenfabriken haben sich also zwecks Bezuges der zur Herstellung von Dachpappe erforderlichen Rohpappe nach wie vor an den Kriegsausschuß der Rohpappen- und Dachpappen-Industrie G. m. b. H., Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 31, zu wenden. Die Kontingentierung der Fabriken bleibt bestehen. Die Rohpappenfabriken dürfen nur auf Grund einer Anweisung des Kriegsausschusses Rohpappe liefern.

Vergebung von Arbeiten. Die Baubehörde hat die Herstellung der Tischlerarbeiten für die Kleinwohnungen an der Kerckringstraße an 9 Unternehmer vergeben; außerdem erhielt die Tischler-Innung 3 Lose zur Ausführung. Mit der Ausführung der Klempnerarbeiten für die gleichen Bauten wurden 4 Unternehmer beauftragt. Ferner wurden vergeben: Die Lieferung von 1400 Kbm. Betonkies und die Ausführung der Arbeiten für ein Siel in der Dröge- und der Brolingstraße.

Abbau der Reichsmarine. Aus Kiel meldet die „Vossische Zeitung": Die neue Dampfer-Co. verkaufte mit Rücksicht auf den Abbau der Reichsmarine zehn ihrer Personen- und Schleppdampfer nach Hamburg, Rendsburg und Lübeck.

Für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Wir werden um Abdruck dieser Zeilen ersucht: Im ganzen Vaterlande werden in den nächsten Tagen Sammlungen zum Besten der gegen das Völkerrecht von unseren Feinden noch zurückgehaltenen Kriegs- und Zivilgefangenen veranstaltet. Das Ergebnis soll den zu ihrem Schutz gebildeten Volksbund und seine überall gebildeten Ortsgruppen in den Stand setzen, den Gefangenen durch Zusendung von Gaben aller Art ihr Loos zu erleichtern, den aus der Gefangenschaft Heimkehrenden wirksame Hilfe und Unterstützung zu gewähren. In Lübeck finden zu diesem Zwecke allgemeine Opfertage in der mit dem 17. d. M. beginnenden Woche statt. Die Bewohner Lübecks werden dringend gebeten, bei dieser Gelegenheit ihre oft bewährte Gebefreudigkeit aufs neue zu bekunden und der Bitte um Beiträge, möge sie auf den Straßen der Stadt oder in ihren Häusern an sie herantreten, sich nicht zu verschließen. Es gilt die Erreichung eines Zieles, das allen gleichmäßig am Herzen liegen wird.

Verkehr mit Süßigkeiten. Zu der Verordnung über den Verkehr mit Süßigkeiten vom 28. Dezember 1918 hat die Reichszuckerstelle unter dem 28. Januar 1919 Ausführungsbestimmungen erlassen, die in Nr. 24 des „Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers" veröffentlicht worden sind. Nach diesen bleibt es bei der bisherigen Regelung, daß Süßigkeitenbetriebe, die im Wirtschaftsjahre 1914/15 mindestens 52 dz Zucker verarbeitet haben, von der Zucker-Zuteilungsstelle für das Deutsche Süßigkeitengewerbe in Würzburg, die anderen Süßigkeitenbetriebe von dem zuständigen Kommunalverband nach Maßgabe der von diesem erlassenen Bestimmungen mit Zucker beliefert werden. Die von der Würzburger Zuteilungsstelle mit Zucker belieferten Hersteller von Süßigkeiten dürfen ihre Erzeugnisse in der Regel nur an die Zwischen- und Kleinhändler absetzen, mit denen sie im Wirtschaftsjahre 1914/15 in Geschäftsverbindung gestanden haben, und zwar nach dem Verhältnis ihrer eigenen jetzigen Zuckerbezüge und nach dem Verhältnis der Bezüge der Abnehmer im Wirtschaftsjahre 1914/15. Weiterhin ist vorgeschrieben worden, daß Mischungen von Waren verschiedener Preislagen in der Regel nicht vorgenommen werden dürfen und daß die Abgabe von Süßigkeiten in nicht handelsüblichen Verpackungen, z. B. in sogenannten Attrappen, Tassen usw., grundsätzlich nicht zulässig ist.

Waisenhaus. Aufnahmegesuche sind von den Angehörigen der Kinder in Begleitung der letzteren am Montag, dem 3. März vormittags 10 Uhr im Waisenhause anzubringen. Dabei sind Taufschein, Impfschein und Zeugnisbuch der Kinder mitzubringen.

Hansatheater. Die Lebens- und Liebesgeschichte des großen Komponisten Franz Liszt behandelt das Bonnsche Singspiel „Zigeuner", zu welchem Victor Holländer die Lisztsche Musik für die Bühne bearbeitet hat. Das Werk wird am Sonnabend abend zum ersten Male gegeben; am Sonntag und Montag abend wiederholt. Sonntag nachmittag findet bei halben Preisen eine Aufführung der „Lustigen Witwe" statt.

Geflügel-Ausstellung. Die Anmeldungen für die heute, Sonnabend, sowie Sonntag stattfindende Geflügel-Ausstellung des Vereines zur Beförderung der Geflügelzucht sind sehr zahlreich eingelaufen. Die nur von Vereinsmitgliedern zu beschickende Ausstellung wird über 400 Nummern aufweisen, darunter von Hühnern folgende Rassen: gestreifte Plymouth Roks mit ca. 42, Wyandotte mit 12, Minorka mit 40, italienische in allen Farbenschlägen mit 59, deutsche Rassen mit 30, ferner Hamburger mit 20 Nummern. Auch von den verschiedenen Taubenrassen sind zusammen ca. 200 Nummern angemeldet. Die Ausstellung in der Stadthalle wird am Sonnabend mittags 1 Uhr für das große Publikum bis abends geöffnet sein. Der Eintrittspreis beträgt 80 Pfg. für diesen Tag, während am Sonntag die Ausstellung von morgens 9 Uhr für Besucher zugänglich ist. Der Eintrittspreis ist an diesem Tage auf 50 Pfg. festgesetzt, Kinder zahlen an beiden Tagen die Hälfte. Der Besuch ist sehr empfehlenswert. (Siehe Inserat.)

* **Abhanden gekommen** und vermutlich gestohlen ist am Sonntag, dem 9. ds. Mts. in einem Wachtlokal (Wirtschaft auf Marli) eine goldene Damen-Armbanduhr mit krokodilfarbenem Lederarmband. Die goldene Remontoiruhr ist aus Mattgold. Das Zifferblatt trägt römische Ziffern. Der hintere Deckel trägt eine Verzierung, kleine Sterne darstellend, in der Mitte des Deckels befindet sich eine glatte Fläche. Für die Wiederherbeischaffung der Uhr sichert die Geschädigte eine entsprechende Belohnung.

* **Diebstahl.** In der Nacht zum 14. ds. Mts. sind mittels Einbruchs aus einem Hause in der Israelsdorfer Allee ein Oberbett, eine buntgestreifte Bettdecke und ein Fach Gardinen gestohlen werden.

* **Die beiden jugendlichen Diebe,** 14jährige Schüler, die den Einbruch in einem Drogengeschäft in der Breiten Straße ausgeführt hatten und von denen man annahm, daß sie nach Hamburg geflüchtet wären, wurden in letzter Nacht festgenommen, als sie in das Geschäft eines Klempners in der Hüxstraße einbrechen wollten.

* **Schweinediebe.** Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Ziegelstraße und ein in der Krausestraße wohnhafter Arbeiter, die gemeinschaftlich mit einem in Schlutup wohnhaften Arbeiter hier verschiedene Schweine und Kaninchendiebstähle ausgeführt haben. Nachgewiesen konnte ihnen werden, daß sie in der Ziegelstraße und in der Schönbökenerstraße je ein Schwein gestohlen haben. Die Schweine sind von ihnen bei einem Arbeiter in der oberen Ziegelstraße zerlegt, von wo aus das Schweinefleisch zum Teil auch von ihnen verkauft wurde.

* **Jugendliche Schwindler.** Ermittelt und festgenommen wurden zwei jugendliche „Arbeiter", die gemeinschaftlich verschiedene Leute um mehr oder weniger größere Geldbeträge insofern betrogen hatten, indem sie angaben, in der Lage zu sein, Lebensmittel beschaffen zu können und sich dann zum Ankauf derselben Geld im voraus geben ließen. Ihre Angaben beruhten aber in jedem Falle auf Schwindel. Der eine der Betrüger, der An der Mauer wohnhaft ist und sich gerne als Motorbootführer bezeichnet, ist wegen des gleichen Vergehens bereits vorbestraft und schweben noch frühere gegen ihn erstattete Anzeigen.

Provinz Lübeck. Die Neuwahl aller Gemeindevertretungen am Sonntag, dem 6. April 1919. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden diesmal nur für die Zeit bis zum 31. Dezember 1920 gewählt und treten vom 1. Mai ds. Js. ab an die Stelle der bisherigen Mitglieder. Jede Gemeinde bildet einen Wahlkreis. Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein. Stimmberechtigt und wählbar sind alle deutschen Männer und Frauen einschließlich der Personen des Soldatenstandes, die über 20 Jahre alt und seit mindestens 1 Jahr im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz haben. Die Bestimmungen der bisher gültigen Gemeindeordnung werden soweit aufgehoben, als sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen, insbesondere auch die Vorschriften, wonach ein bestimmter Teil der Gemeindevertretungen aus Grundbesitzern bestehen muß. Die Wahl ist allgemein, unmittelbar und geheim und findet statt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Jeder Wähler hat eine Stimme. Vor Ablauf der Wahlperiode der neugewählten Gemeindevertreter soll das Gemeindewahlrecht im Wege der ordentlichen Gesetzgebung geregelt werden.

Segeberg. Ein Raubmord ist in Itzstedt verübt worden. Dort fand man den Nachtwächter Thegen mit zertrümmertem Kiefer und zertrümmerter Schädeldecke auf der großen Diele seiner Wohnung liegen. Die Leiche war mit Heu zugedeckt. Geraubt sind 70 Mk. bares Geld, eine Uhr und ein Paar lange Militärstiefel. Der Täter ist unbekannt.

Hamburg. Der Ausstand der Warenhausangestellten hat sich heute auf acht Kaufhäuser ausgedehnt. Bis heute mittag lagen Berichte über den Beitritt zur Lohnbewegung von weiteren 1200 Angestellten vor. Die Vertreter des Angestelltenausschusses von 15 weiteren Firmen, die ein Personal von 10 000 einschließlich des Kontorpersonals beschäftigen, erklärten daß ihre Kollegen und Kolleginnen in den nächsten Tagen in einen Sympathiestreik eintreten würden. Heute tagt eine Streikversammlung im Gewerkschaftshaus. Der Streik der Straßenbahner und der Hochbahnangestellten dauert fort.

Neueste Nachrichten.

Polnische Wünsche.

Berlin, 15. Februar. Das polnische Nationalkomitee auf der Friedenskonferenz übersandte dem polnischen Ministerpräsidenten ein Telegramm, in dem zum Wiederaufbau des polnischen wirtschaftlichen Lebens und seiner nationalen Arbeit folgendes als unbedingt notwendig erachtet wird: 1. Sofortige Aufhebung der Feindseligkeiten seitens Deutschlands. 2. Sofortiger Anmarsch der Truppen Hallers mit Munition nach der Ostfront, um sich zu verteidigen. 3. Sofortige Verhandlungen mit Danzig. 4. Ueberlassung von Lebensmitteln und Rohmaterialien. 5. Daß auf der am 17. Februar stattfindenden Waffenstillstandsverhandlung ein Zusatz generell angenommen wird, wonach die Deutschen verpflichtet werden, die von ihnen requirierten Maschinen und Rohmaterialien zurückzugeben. 6. Auslieferung von 25 000 Eisenbahnwagen. Geldzuschuß für erlittene Kriegsschäden, der vom Grundzins getragen werden muß. Ferner Konzessionen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet.

Soldatenwahlen.

Berlin, 15. Februar. Bei der politischen Abstimmung eines Teiles der Ostfront haben die so schreierischen Konservativen und Nationalliberalen einen großen Reinfall erlitten. Von rund 13 000 abgegebenen Stimmen haben die Deutsch-Nationalen erhalten — 62 (zweiundsechzig). Dagegen erhielt die sozialdemokratische Partei 7804 Stimmen und beide Mandate. Die Unabhängigen brachten es auf 1945, die bürgerlichen Demokraten auf 1681 Stimmen, eine parteilose Liste auf 1389. Das Abstimmungsergebnis gibt nicht nur Aufschluß über die wirkliche Stimmung im Heere, sie verschafft auch der sozialdemokratischen Fraktion in der Nationalversammlung einen Zuwachs von zwei weiteren Sitzen, so daß diese jetzt 165 Mandate zählt.

Aus der Nationalversammlung.

Weimar, 15. Februar. Die Frage der Ernennung der parlamentarischen Unterstaatssekretäre befindet sich noch in der Schwebe. Das Zentrum hat weitgehende Ansprüche geltend gemacht, die jedoch bei den anderen Mehrheitsparteien auf Widerstand stoßen. Gleichwohl rechnet man damit, daß die Ernennung der Unterstaatssekretäre heute noch erfolgen wird. Die heutige Plenarsitzung der Nationalversammlung wird durch eine Rede des Reichsministers der Finanzen, Schiffer, über die neue Kreditvorlage eingeleitet. Es ist beabsichtigt, heute die Vorlage in erster und zweiter Lesung zu erledigen. Auf der Tagesordnung steht auch die Interpellation der Deutschen Volkspartei, die sich gegen den Staatssekretär Erzberger richtet.

Der Waffenstillstand verlängert.

Trier, 15. Februar. In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission wurden Vereinbarungen getroffen, nach denen der Waffenstillstand neuerdings für eine unbefristete Zeit verlängert wird. Die Entente behielt sich das Recht vor, ihn mit einer Frist von drei Tagen zu kündigen. Zur Offensivbewegung gegen die Polen wurde eine Demarkationslinie festgesetzt, die derart verläuft, daß Ost- und Oberschlesien von heute in unserer Hand bleibt. Es handelt sich um eine provisorische Abmachung, die dem Friedensvertrag in keiner Weise vorgreift.

Sozialisierungsforderung in Sachsen.

Chemnitz, 15. Februar. Nach Vorträgen von Dr. Neurath über das Sozialisierungsproblem beschlossen mehrere hundert Vertreter der Chemnitzer Arbeiterschaft die Erklärung, daß sie von der Regierung und der Volkskammer Sachsens die sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der gesamten sächsischen Volkswirtschaft fordern. Insbesondere raten sie, daß der Zentralrat des Landes-, Arbeiter- und Soldatenrats die von Kranold, Neurath und Schumann ausgearbeitete Denkschrift an die sächsische Regierung zu der seinigen macht, daß die Regierung unverzüglich das Zentralwirtschaftsamt einrichtet und die erforderlichen Gesetzgebungswerke vorbereitet, um sie alsbald der sächsischen Volkskammer vorzulegen. Sie erhoffen von diesen Maßnahmen die Wiederherstellung der sächsischen Volkswirtschaft, die Verwirklichung der sozialistischen Ideale und den Neuaufbau der proletarischen Einigkeit in einheitlicher zielbewußter Aktion.

Zur Erneuerung des Waffenstillstandes.

Basel, 15. Februar. Die „Basler Nachrichten" teilen mit, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen schon die Artikel für den Land- und Seefrieden enthalten, die in den künftigen Präliminarfrieden aufgenommen werden. Man habe bei der Abfassung neben den Garantien für Frankreich der Lockerung der Blockade Rechnung getragen. Die schon angenommenen Formeln seien zum Teil von England gegeben worden.

Zu der Forderung auf restlose Entwaffnung verlas der deutsche Bevollmächtigte in Trier eine Erklärung, in der gesagt wird, daß die militärische Sicherung seitens der Alliierten erreicht sei. Es soll ein Frieden des Rechts und der Versöhnung werden. Die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen, die Fortdauer der Blockade und die Wirtschaftssperre am Rhein verbittern das deutsche Volk, steigern seine innere Not und fördern den Bolschewismus. Das deutsche Volk erwartet nunmehr, daß ihm keine weiteren Verschärfungen auferlegt, sondern die Erleichterungen gewährt werden, deren es zum Aufbau der inneren Ordnung des neuen Staatswesens bedarf.

Die Alliierten zum Waffenstillstand.

Kopenhagen, 15. Februar. „Berlinske Tidende" erfährt von wohlunterrichteter Seite aus Paris, daß ein zufriedenstellendes Kompromiß im Waffenstillstand erreicht worden ist. Die mäßige Richtung habe im großen und ganzen gesiegt. Frankreich werde jedoch volle Sicherheit für den Fall gegeben, daß in Deutschland weiter ein bureaukratischer und militärischer Geist aufkommen sollte. Deutschland erhält Aufschub zur Erfüllung der früheren Waffenstillstandsbedingungen.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:
Von den Arbeitern der Firma Thiel & Söhne 135,90 Mk.
Das Parteisekretariat.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Billige Knaben-Mützen

Sportmützen in blau und farbigen Stoffen	3.75 / 3.25	1.60
Sportmützen mit Klappen	9.25 / 6.25	2.75
Schirmmützen Flieger- und Jachtklub-Form	4.85 / 2.50	1.70
Schirmmützen Wachstuch, in schwarz, leicht defekt		2.95
Matrosenmützen kleine Form, in blau		2.25
Matrosenmützen Wachstuch und Lackleder, in braun, rot und schwarz		6.75

Rudolph **Karstadt** Lübeck.

Vergnügungshaus Erholung

Diekelmann. **Israelsdorf.** W. Pries

Heute Sonntag **Historisches Kappenfest** Anfang 4 Uhr.

Für Bahnverbindung und Spätwagen ist genügend gesorgt.

Jeden Donnerstag: (9237

Kavalier-Kränzchen.

„Hotel Kronprinz", Bad Schwartau.

Heute Sonnabend:

Tanzkränzchen

9287) Anfang 7 Uhr.

Neu-Lauerhof.

Jeden Sonntag **Tanz.** Anfang 4 Uhr. 9270

Adlershorst.

Jeden Donnerstag u. Sonntag **Tanz.** 9200

Große Geflügel-Ausstellung

des Vereins zur Förderung der Geflügelzucht in der **Stadthalle.** 9271

Geöffnet Sonnabend mittag von 1 Uhr ab, Sonntag vormittag von 9 Uhr ab.

Eintritt Sonnabend 80 Pfg., Sonntag 60 Pfg., Kinder die Hälfte.

Generalversammlung der Seefahrer-Zuschußkasse

Kleiner Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (frühere eingeschriebene Hilfskasse (Nr. 18) **Sonntag, den 23. Februar 19. Jz. bei Jürß, Engelsgrube 59, nachmittags 4 Uhr.**

Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.

Wir machen auf §§ 2 und 25 der Satzungen besonders aufmerksam. (9254) **Der Vorstand.**

Staats- und Gemeindearbeiter-Verband.

Ausserordentliche

General-Versammlung

Montag, 17. Februar, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

Stellungnahme zum Tarifvertrags-Entwurf mit der Stadtverwaltung.

Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.

Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung.

Den geehrten Einwohnern von Lübeck und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass ich mit dem heutigen Tage

Marienstrasse 5

ein Uhren- und Goldwaren-Geschäft

nebst Reparaturwerkstätte

eröffne. Gute und reelle Bedienung zusichernd zeichne hochachtungsvoll

Otto Lübbert
Uhrmacher.

9236

Friedrich-Franz-Halle.

Jeden Sonntag: **Tanz-Musik.** Anfang 4 Uhr. 9239) L. Stamer.

Kaffeehaus Moisling.

Jeden Sonntag: (9253

Tanz.

Eintritt: Herren 50, Damen 30 ₰

Deutscher

Transportarbeit.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung der Schauerleute

am Montag, d. 17. Februar abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Aenderung der Arbeitszeit.

9281) Die Ortsverwaltung.

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Lübeck.

Sonntag, den 16. Februar vormittags 10 Uhr Außerordentliche

Mitglieder-Versammlg.

im „Gewerkschaftshaus" Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband.

Um das Erscheinen aller Kollegen ersucht

9276) Die Lokalverwaltung.

Arbeitslosen-Versammlung

am Montag, d. 17. Februar nachmittags 2 Uhr (9224 im „Gewerkschaftshaus" Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
Berichterstattung über die Vollzugsordnung des A- und S-Fonds.

Das Erscheinen aller Arbeitslosen ist dringend notwendig. Stempelkarten vorzeigen.

Der Vorstand.

General-Versammlung der Zuschußkasse der Hauszimmerleute

am Montag, d. 17. Februar abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Zimmer 12.

Tages-Ordnung:
1. Jahresabrechnung.
2. Auflösung der Kasse.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

9231) **Der Vorstand.**

Restaurant Schleusterheim

Schmiedestrasse 3

G. Lachmann :: Gemütlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (9240

Waisenhof. Sonntag TANZ

9227) Anf. 4 Uhr.

Fünfhausen

Sonntag: BALL. 9288

Dienstag, den 18. Februar: Großer Maskenball.

Adlershorst.

Kompanie-Ball

4. Komp. J. R. 162 (9302

Anfang 6 Uhr. **Dienstag, 18. Februar 1919.** Ende 2 Uhr.

Freie Vereinigung der Händler u. Berufsgenossen Lübecks.

Ortsgruppe des Reichsverb. reisender Gewerbetreib. Deutschl.

Kappenfest u. Ball

verbunden mit theatralischen Aufführungen ausgeführt von Kollegen Wilke

am Sonntag, dem 16. Februar 1919

im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50—52.

Anfang 4 Uhr. Eintritt für Herren 2 Mk., für Damen 1 Mk.

Hierzu ladet ein **Der Vorstand.**
F. A.: L. Mack.

9225)

Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer.

Sitz Berlin. — Ortsgruppe Lübeck.

Am Sonntag, dem 23. Februar 1919:

Großer Ball-Abend

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50—52.

Anfang 4 Uhr.

Preis der Karte an der Kasse Mark 1.50 pro Person. Karten im Vorverkauf a Mk. 1.— sind zu haben beim Kameraden **Kaehler**, Dankwartsgrube 43, Kameraden **Kuhlmann**, Engelswisch 4, Kameraden **Wenzel**, Geverdesstraße 7, im Bundeslokal: Kamerad **Gust. Ehlers**, Hüxstraße 110 und im Gewerkschaftshaus.

Mitglieder mit ihren Damen zahlen an der Kasse gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte Mark 0.50 pro Person.

Der Vorstand.

9264) Abteilung: Unterhaltung.

Metropol.

Bis auf weiteres der große nordische Sensations- und Kolossal-Film

6 Akte! **„Carmen"** 6 Akte!

mit Harry Liedke u. Pola Negry in den Hauptrollen.

9280) Vorführung um 4, 6 und 8 Uhr.

HANSA-THEATER.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die lustige Witwe (Halbe Preise.)

Abends 7 Uhr: 9292

„Zigeuner".

Singspiel in 3 Akten von Ferd. Bonn.

Musik von Franz Liszt.

Montag: **„Zigeuner".**

Dienstag: Das Dreimäderlhaus.

Zur schwarzen Bohle

Sundestraße 41.
Sonntag, den 16. Februar

Groß. Tanzkränzchen

Anfang 6 Uhr. (92
Hierzu ladet freundlichst ein
F. Lender.

Hansa-Halle

Jeden Sonntag: (92

Großes Tanzkränzchen

Anfang 4 Uhr. **J. Rieck.**

Geniner Baum.

Sonntag: Anf. 4 Uhr. **Tanzkränzchen**

Gesellschaftshaus Eichenhof, Israelsdorf

Modern. Etablissement am Wa

Heute, Sonntag, 16. Februar

Vornehme Ballmusik

Saalöffn. 3½ Uhr Anfang 4 U
Eintritts- u. Ballkarten für Herren 2,— Mk., für Damen 1,— M
Für gestig. Straßenbahn- u. Sonderwagenverbind. b. Schluß tägl.
Th. Bordier.

Bauernschänke.

(B. K. Diele)
22 Beckergrube 22.
Täglich: (9230

gr. Fidelitas

Altdeutsche Bauerndiele

(früher Reichshalle)
Beckergr. 44 Beckergr.

!!! Zum 55. Male !!

Hans Müller aus Charlottenbu
als **„Pfarrer von Kirchfeld**
Vorführung 5, 7, 9 u. 11 U
Tägl. geöffnet bis 12 Uhr abend
Die Direktion: H. Bockhol

Konzerthaus 9295

Zauberflöte.

D' lustigen Oberbayern.

Geöffnet bis 12 Uhr abends
Anfang 4 Uhr. L. Keck.

Theater für die Jugend

Marmorsaal d. Stadttheaters
Heute Sonntag 3 Uhr:

Rotkäppchen

Märchenspiel in 4 Bild. (929

Stadttheater Lübeck

Spielzeit 1918 19. 927

Sonnabend, den 15. Februar
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Sonntag, den 16. Februar:
Vormittags 11 Uhr Kammerspiele.
Hugo von Hofmannsthal.
Der Tod des Tizian
Der Tor und der Tod
Nachmittags 3 Uhr: Kleine Preise.
Heimat.
Abends 7 Uhr:
Martha.
Martha: Frau Kent-Rothaug als Gast.
Lionel: Herr Heinz Rogland

Dienstag, den 18. Februar
Der Barbier von Sevilla

Mittwoch, den 19. Februar
Helden auf Helgoland.

Nr. 39
26. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Sonnabend
den 15. Februar 1919

Internationaler Sozialistenkongreß.

Bern, 12. Februar.

Zur Behandlung kommt als letztes Thema Diktatur und Demokratie, worüber Branting als Präsident der Kommission berichtet. Die Meinungen in der Kommission und unter den Mitgliedern der Konferenz im allgemeinen über die Behandlung dieser Frage an dem heutigen Kongreß ging wesentlich auseinander, weniger in grundsätzlicher Beziehung, als daß die einen die Auffassung hatten, die bolschewistische Frage sei noch nicht soweit geklärt, daß die Internationale schon jetzt ihr Urteil darüber aussprechen könne, während andere mit großer Entschiedenheit der Meinung waren, die Internationale müsse heute in der Zeit der großen Erschütterungen in aller Oeffentlichkeit vor der ganzen Welt bekunden, daß die Sozialdemokratie die Gewaltherrschaft einer Minderheit getreu ihren alten Grundsätzen ablehnt, von welcher Seite diese Gewaltherrschaft auch immer kommt. Die Kommission, der verschiedene Anträge vorlagen, hat sich in ihrer großen Mehrheit auf eine Resolution geeinigt, die einesteils der Tatsache Rechnung trägt, daß es Verhältnisse geben kann, die eine revolutionäre Aktion der unterdrückten Arbeiterklasse durchaus rechtfertigt, die aber anderenteils feststellt, daß die Errungenschaften einer Revolution nur dann von bleibender Bedeutung sind, wenn die großen Massen des arbeitenden Volkes hinter der Revolution stehen. Die sozialistische Welt muß aufgebaut werden auf der Demokratie, sie kann niemals dauernd erhalten werden durch eine Diktatur. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterschaft diese Auffassung als die richtige erkennt, und mit uns entschlossen ist, den Grundsätzen der Demokratie treu zu bleiben, wobei allerdings an die Imperialisten und Gegenrevolutionäre der ganzen Welt die Warnung ergeht, die sozialistische Entwicklung nicht durch Gewaltmaßnahmen zu hemmen und die Welt Erschütterungen auszusetzen, die für die ganze Menschheit verhängnisvoll werden müßten. (Starker Beifall.)

Die Kommission unterbreitet der Konferenz eine Resolution zu der Frage, die wir in ihren Grundzügen bereits mitgeteilt haben:

Macdonald (England): In der Frage „Diktatur und Demokratie" handelt es sich für uns darum: 1. dem Sozialismus aller Länder die Richtung zu geben; 2. eine Warnung an alle Regierungen zu erlassen und 3. die Parteimeinungen aller sozialistischen Parteien der Welt in freundschaftlicher Weise zu prüfen. Es ist anzuerkennen, daß die Herrschaft einer Minderheit unter Umständen politisch förderlich sein kann, aber diese Herrschaft darf nur als Phase einer Revolution als berechtigt anerkannt werden, niemals aber als Grundlage für dauernde Errichtung einer Regierung. Sonst wird es Pflicht eines jeden Sozialisten und Demokraten, gegen dieses System als unvereinbar mit dem geordneten Leben und jeder gesunden Demokratie anzukämpfen. Der Zweck jeder Revolution muß Freiheit und Demokratie sein. Jede andere Revolution ist verwerflich. (Beifall.) Eine Revolution darf nicht bloß zerstörenden, sie muß im Gegenteil letzten Endes aufbauenden Charakter haben. Diese konstruktive Seite des revolutionären Sozialismus müssen wir festhalten.

Die Idee einer dauernden Bestrafung der besiegten Zentralmächte, die heute in Paris von einigen Leuten vertreten wird, müßte in diesen Ländern geradezu zur Anarchie führen und das Ende davon wäre, daß die Erscheinungen des Ostens weiter vorrücken würden nach dem Westen. Keine Regierung, auch nicht die stärkste, könnte es verhindern, daß nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit nicht unfehlbar die gleichen Zustände eintreten würden, wie sie jetzt in Osteuropa und zum Teile in Zentraleuropa herrschen. Deshalb warnen wir die in Paris versammelten Regierungen vor Beschlüssen, die sie verantwortlich machen würden für die weitere Ausbreitung bolschewistischer Ideen. (Beifall.) Macdonald ist ebenfalls der Meinung, daß über den Bolschewismus heute noch kein endgültiges Urteil gefällt werden kann und daß dies von der Internationale erst geschehen darf nach Anhörung der bolschewistischen Vertreter selbst. Pflicht der Berner Konferenz aber ist es, der Arbeiterschaft der Welt zu verkünden, daß die Demokratie, die Freiheit, die staatsrechtlichen Einrichtungen, die auf der Kontrolle des Volkes beruhen und die in steter Fühlung mit dem Volke bleiben, vor allem die parlamentarischen Volksvertretungen, die Grundlage bleiben muß für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. (Sehr starker Beifall.)

Bern, 13. Februar.

In der Schlußsitzung wurden die Aussprachen über das Thema: „Demokratie und Diktatur" beendet. — Loriot-Frankreich erklärte, daß eine Stellungnahme gegen den Bolschewismus zur Unterstützung der bourgeoistischen Politik Wilsons beitragen werde. Die russische Regierung habe viel zu viel für den Sozialismus getan, als daß man sie brandmarken könne.

Axelrod-Rußland (Menschewiki), der bekannte Herausgeber der „Stimmen aus Rußland" in Stockholm, befürwortet entschieden die Entsendung einer großen internationalen sozialistischen Kommission nach Rußland, zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse. Persönlich ist Axelrod der Meinung, daß das bolschewistische Regime gar keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat bedeutet. Gegenüber der Behauptung Loriots, daß die Bolschewisten wirklich die Interessen des Proletariats vertreten, verweist Axelrod auf eine Reihe von Dokumenten, aus denen hervorgeht, daß die Arbeiterschaft beispielsweise von Petrograd die schwersten Anklagen erhebt gegen die bolschewistische Regierung, die das freie Wort unterdrückt, die Arbeiterorganisationen verfolgt, das Streikrecht verweigert und überdies die ganze Volkswirtschaft zerstört und die Arbeiter zu Sklaven gemacht hat. Die Internationale darf sich daher auf keinen Fall auf den Standpunkt setzen, daß die Bolschewisten wirklich die Vorkämpfer für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale bedeuten. Sie muß im Gegenteil von den Bolschewisten fordern, daß sie den russischen Arbeitern zum mindestens jene Freiheiten und Rechte widergibt, die sich das Proletariat in anderen Ländern errungen hat.

Adler (Oesterreich) bringt eine Erklärung ein, die sich gegen die Brandmarkung der russischen Zustände verwahrt, solange die Gegenseite nicht persönlich gehört worden ist. Er verliest zum Schluß eine Erklärung die unterzeichnet ist von einer Reihe französischer, norwegischer und einer Anzahl anderer Genossen. In dieser Erklärung wird vorerst konstatiert, daß gerade die Genossen, die während des Krieges durch ihre Haltung den Zusammenschluß der Internationale verunmöglichten, die heutige Konferenz benutzen wollen zu einer Aktion, die die Schwierigkeiten der Internationale notwendig vermehren müßten. Die Erklärung verwahrt sich gegen jede Brandmarkung der Zustände in Rußland, über die genaue Berichte nicht vorliegen, während gleichzeitig die Depeschenagenturen der Entente und der Zentralmächte fortfahren, die Sowjetrepublik durch lügenhafte Darstellungen zu diskreditieren. Wenn auch an dem guten Glauben der an der Konferenz als Ankläger auftretenden russischen Genossen nicht zu zweifeln ist, muß die Internationale doch festhalten am Grundsatz, daß beide Parteien angehört werden. Die von der Mehrheit der Kommission gewünschte Resolution ist auch darum unannehmbar, weil gewisse Abschnitte von der gegenrevolutionären Bourgeoisie gegen die soziale Revolution ausgebeutet werden könnten. (Beifall aus einzelnen Delegationen.)

In der Nachmittagssitzung wies Troelstra-Holland darauf hin, daß der Bolschewismus die Grundsätze der Demokratie verraten habe. Gawronsky (russischer Sozialrevolutionär) erklärt, die Bolschewisten hätten zwar das große Eigentum beseitigt, dafür aber das ganze Volk verelendet. Kautsky lehnte die Resolution Adlers ab, unterstützt dagegen die Mehrheitsresolution. Das wichtigste Problem sei jetzt die Hebung der Produktion. Die Bolschewisten hätten den Sozialismus durchführen wollen, aber nichts anderes erreicht, als eine neue Form des Militarismus. Henderson stellte namens der britischen Delegation fest, daß die Bolschewisten hätten nach Bern kommen können. Sie hätten das nicht getan, weil sie genau wußten, daß ihre Grundsätze unvereinbar seien mit denen der Internationale.

Bernstein (Deutschland), dem die deutschen Mehrheitssozialisten das Wort abtraten, erklärte unter allgemeinem Beifall als Gast, für England und Frankreich sei der Bolschewismus nur eine theoretische, für Deutschland aber eine praktische Frage, von der das Leben oder der Tod der deutschen Republik abhänge. Der Bolschewismus könne nicht mit dem Proletariat und der Revolution identifiziert werden. Bernstein ist erstaunt, daß die Internationale nicht darauf hinweise, daß die Bolschewisten alles getan hätten, was die reaktionärste Regierung nicht getan habe. Der Bolschewismus ist der Tod der Errungenschaften der Revolution. Das ließen die eigenen Berichte der Bolschewisten erkennen. Eine Kommission zur Untersuchung des Bolschewismus ist daher jetzt nur noch zu dem Zwecke nötig, um festzustellen, daß ein zerrüttetes System am Ruder ist, das auch die anderen Staaten zerrütten sollte. Der Bolschewismus führte die Korruption in Rußland ein und wollte sie auch in der Internationale einführen, wie er es schon in Deutschland getan habe.

Die spanischen und der übrigen Delegationen stimmen fast durchweg der Mehrheitsresolution zu.

Branting führt dann in seinem Schlußwort aus: Wir können feststellen, daß die Internationale wieder erstanden ist. Ihr Ziel ist der demokratische Völkerbund, das heißt, ein Völkerbund ohne Ausschluß irgend einer Nation. Wir hoffen, daß das große Ziel erreicht werden wird auf Grund der Prinzipien, die Wilson für die Demokratie der ganzen Welt aufstellte, und wegen welchen er im Kampfe liegt mit gewissen imperialistischen Strömungen. Voraussetzung dieses Völkerbundes ist, daß ein dauernder und gerechter Friede geschlossen wird. (Lebhafter Beifall.)

Nach kurzen Erklärungen eines deutschen Unabhängigen, die ganze deutsche Jugend sei antimilitaristisch, und werde bei einer Wiedereinberufung unter die Gewehre den Dienst verweigern, wurde der Kongreß geschlossen.

Aus Nah und Fern.

Die Vorkommnisse in Duisburg. Die Ruhe in Duisburg wurde durch die Sicherheitswehr wieder hergestellt. Sie machte von der Waffe Gebrauch, wobei ein fünfzigjähriger Mann durch einen Brustschuß schwer, eine Frau leicht verletzt wurde. Eine versuchte Stürmung der Stadtkasse sowie eine versuchte Plünderung der Hauptgeschäftsstraße wurde vereitelt. Es wurden die Gefängnisse geöffnet, Wucherer und Lebensmittelschieber freigelassen. Auch mehrere berüchtigte Einbrecher und Straßenräuber sowie Untersuchungsgefangene, die wegen Mordes und Raubmordes ihrer Bestrafung entgegensehen, wurden freigelassen. Wie die „Niederrheinische Volksstimme" schreibt, versuchten die Elemente die Schuld am ganzen einem bekannten Parteigenossen zuzuschieben, der zur Demonstration aufgefordert habe. In einer Vertrauensmännerversammlung der organisierten Arbeiter Duisburgs gab Oberbürgermeister Dr. Jarres die Erklärung ab, daß er in Verbindung mit dem Arbeiterrat und dem Stadtverordnetenkollegium die Nachsteuer zurückziehe, wenn er auch sachlich nach wie vor auf dem Standpunkt der Notwendigkeit der Steuer stehe. Auf der Zeche „Westen" und Zeche „Diergardt" sind die Belegschaften erneut in den Ausstand getreten. Als Grund für den Ausstand wird die Zahlung der Doppelbesteuerung für das 4. Quartal 1918/19 im Bezirk Duisburg angegeben. — Die Spartakisten versuchten in Duisburg einzudringen. Nachdem sie die Wachen im Stadtteil Meiderich überfallen hatten, wurden sie von den Sicherheitsmannschaften und der zahlreich sich einstellenden Bürgerschaft zurückgetrieben. Es wurde ihnen ein großes Waffenlager abgenommen. Infolge der Unruhen rückte noch spät abends eine vom linken Rheinufer kommende Kompanie Belgier mit einem Panzerauto in die Stadt ein. — Gegen die belgischen Truppen warfen Spartakisten Handgranaten.

Theater und Musik.

Im Stadttheater gewann gestern abend „Alessandro Stradella", den Flotow mit gern gehörten Liedern und Melodien gegen die nach seinem Leben trachtenden Banditen und den diese zu ihrer schändlichen Tat anstiftenden Geizhals Bassi bewaffnet hat, nicht nur die Sympathie und das Mitgefühl, sondern auch das Wohlwollen des Publikums. Neben reichlichem Zucker bietet Flotow doch auch wirklich volkstümliche, gesunde musikalische Kost. Die Banditenduette waren ehemals sehr beliebt und manche Nummern fanden sich nicht selten auf Programmen von Gesangvereinen. Daher wohl die frühere Popularität, die heute allerdings, wo man auch in der Musik die Schwingungen der Seele hören und empfinden will, stark verblaßt ist. Herr Wagner sang den Stradella, eine dankbare Partie für glänzende Tenöre. Das Ständchen des ersten Aktes blieb recht farblos. Im zweiten Aufzug wirkte er am besten. Fräul. v. Hentke sang und spielte die Leonore mit Geschmack und Anmut. Das Banditenpaar wurde von den Herren Ludewigs und Pfeiffer lustig verkörpert. Im zweiten Akte gefiel eine von Martha Louise Stolze und Liselotte Schmidt graziös und geschmeidig ausgeführte Tanzeinlage. Herr Ludewigs hatte für hübsche Bühnenbilder gesorgt. Die musikalische Leitung lag in den Händen von Kapellmeister Otto Schwarz.

P. L.

Abgabe von Koks an Minderbemittelte.

Auf Grund des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 verpflichtet das Reich dem Staat einen Teil der Kohlensteuer, um der minderbemittelten Bevölkerung beim Bezuge von Kohle Erleichterungen zu verschaffen.

Ein Bestand an westfälischem Hartkoks, der auf der Wallhalbinsel auf dem Platz der Firma **Emil Meyer** eingelagert ist, soll unter Anrechnung dieser Vergütung verkauft werden.

Anweisungen auf je 2 oder 4 Zentner erhalten auf Antrag Haushaltungsvorstände, die

1. im Besitz der Brennstoffkarte O sind,
2. wegen zu geringen Einkommens von der Einkommensteuer befreit sind oder wegen größerer Familie Steuerermäßigungen genießen nach § 6 des Einkommensteuergesetzes vom 1. November 1913.

Der Preis beträgt, da abgesehen von der Steuervergütung noch unter früheren Preisverhältnissen eingekauft ist und jeder Kleinhandelsgewinn wegfällt, nur 3 Mark für den Zentner.

Die Anweisungen werden Königstraße 13,I (Ausschuß für Kriegshilfe) erteilt und zwar vom 16. Februar 1919 ab, Werktags von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr. Die Brennstoffkarte O ist zur Entnahme der erforderlichen Marken, und der Steuerzettel oder die Bescheinigung des Steueramtes ist vorzulegen.

Der Inhaber der Anweisung kann sich den Koks am Lagerplatz aushändigen lassen. Der Tag der Abholung ist, wie die Geschäftszeit, in der Anweisung bestimmt. Er wird innerhalb der Gültigkeitsdauer der Brennstoffkarte O liegen.

Der Preis ist am Lagerplatz bar zu entrichten. Das Geld ist abgezählt bereit zu halten.

Auf Wunsch wird der Koks gegen 50 Pfennig Fuhrlohn ins Haus befördert.

Lübeck, den 13. Februar 1919. (9275

Das Landesversorgungsamt.

Reiseverkehr nach Weimar.

Wer in das Gebiet der Stadt Weimar eintritt oder sich dort aufhält, ist verpflichtet, sich über seine Person durch einen Paß auszuweisen, in dem ihm von der zuständigen Behörde die Erlaubnis zum Eintritt und Aufenthalt in Weimar erteilt ist.

Das Nähere bestimmt die Verordnung der Volksbeauftragten vom 1. Februar 1919 (R. G. Bl. S. 125) und die Ausführungsverordnung des Staatssekretärs des Innern vom 1. Februar 1919 (R. G. Bl. S. 126).

Der Paß wird vom Polizeiamt (Paßamt, Kanzleigebäude) erteilt; die Eintritts- und Aufenthalts-Erlaubnis von der in Weimar errichteten Fremdenstelle Weimar.

Lübeck, den 13. Februar 1919. (9308

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung
betreffend die Anmeldung der Hühnerbestände.

Auf Grund der Verordnung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Eier vom 12 August 1916 und der Bundesratsverordnung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 wird hiermit angeordnet, daß sämtliche Hühnerhalter im lübeckischen Staatsgebiet

1. die Zahl ihrer Hühner (einschließlich der Hähne)
2. die Zahl ihrer versorgungsberechtigten Haushaltsangehörigen

bis zum 25. Februar 1919 bei der Geschäftsstelle des Landesversorgungsamtes, Schüsselbuden 18 schriftlich anzumelden haben.

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die Anmeldung innerhalb der vorgeschriebenen Frist unterläßt, oder wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch können Hühner, die verschwiegen worden sind, für dem Staate verfallen erklärt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

Lübeck, den 14. Februar 1919. (9253

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung
der Kriegshilfe, Abtl. Kleingartenbau.
Abgabe von Dünger an Kleingartenbesitzer.

Wer **Dünger** zu beziehen wünscht, wende sich an die Kriegshilfe, Abtl. Kleingartenbau, Geschäftszimmer: **Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7,** in der Zeit von **9—1 Uhr vormittags** und **3—5 Uhr nachmittags** zur Eintragung in die Bezugslisten.

Die Entgegennahme der Bezugscheine erfolgt gleichzeitig dortselbst gegen Zahlung von

18.— Mk. für 1 Kubikmeter Stalldung
6.— Mk. für 1 Kubikmeter Komposterde
0.30 Mk. für 1 Pfund künstlichen Dünger
0.25 Mk. für 1 Pfund Chlorkalium 50 Proz.
0.50 Mk. für 10 Kilo Kalkmergel.

Auf besonderen Antrag können unbemittelte Inhaber von Kleingärten auf Stalldung und künstlichen Dünger Preisermäßigung erhalten.

Die Entnahme des Düngers erfolgt in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und von 1—4 Uhr nachmittags.

für Kuhdung, Kalkmergel und künstl. Dünger auf dem Lagerplatz an der Falkenstraße,

auf dem Kompostplatz nahe der Wipperbrücke.

Der Ausschuß für Kriegshilfe
Abtl. Kleingartenbau.

(9201

Sparsamkeit im Brennstoffverbrauch.

Bei der Ortskohlenstelle sind in letzter Zeit wiederholt Anträge auf Zuteilung von Brennstoffen von solchen Bewerbern gestellt worden, die im Sommer mit Erlaubnis der Ortskohlenstelle Brennstoffe zur Winterbevorratung erhalten hatten.

Es ist natürlich ausgeschlossen, daß Bewerber, die mit dem ihnen zugedachten Maß nicht ausgekommen sind, Brennstoffe nachbewilligt erhalten. Die Lage der Kohlenversorgung gestattet keinerlei Rücksichtnahme.

Auf das Dringendste muß daher zur größten Sparsamkeit ermahnt werden. Der Versorgungsbezirk erhält jetzt kaum mehr als die Hälfte des erforderlichen Bedarfs an Hausbrand.

Holz, Braunkohle und Torf kommen als Streckmittel in Frage.

Lübeck, den 12. Februar 1919. (930

Das Landesversorgungsamt.

Der **vierte Teilbetrag** der Einkommensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstädte St. Jürgen und St. Gertrud sowie für die eingemeindeten Gebiete und die Landbezirke sind, in der Zeit vom 11. bis 20. Februar d. J. bei Vermeidung des Zuschlages der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Die Verlegung eines Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in ein Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Aenderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Lübeck, den 10. Februar 1919. (924

Die Steuerbehörde.

Gemäß § 15 des Einkommensteuergesetzes vom 1. November 1913 werden diejenigen Steuerpflichtigen, die einen Vordruck zur Steuererklärung für das Jahr 1919/20 nicht empfangen haben, aufgefordert, bis spätestens den 20. Februar d. J. im Steueramt, Fleischhauerstraße 20, hiervon Anzeige zu machen.

In Travemünde, Schlutup, Kücknitz und Dänischburg ist die Anzeige bei den dortigen Hebestellen zu erstatten.

Lübeck, den 14. Februar 1919. (920

Die Steuerbehörde.

Bekanntmachung.
Erbsbusch u. Bohnenstangen werden abgegeben.

Der Preis beträgt: (928

für Buchen-Erbsbusch 25 Stück . 1,— Mk.
für Bohnenstangen . . . . „ . —,45 „

Anmeldungen in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7.

Warenausgabe

in der Woche vom 17 bis 23. Februar 1919.

Auf die Bezugsausweise des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte:

Butter:	Abschnitt 65	30 Gr. Butter z. Preise v. 28 Pfg.
Speisefett:	" 65	30 Gramm Margarine zum Preise von 14 Pfg.
Zucker:	" 90 bis 91	je 125 Gramm Zucker (bis 15. 3. 1919).
Mühlenfabrikate:	" 81	250 Gramm Haferflocken lose zum Preise von 62 Pfg. für ½ Kilo
Aufstrichmittel:	" 65	125 Gr. Kunsthonig z. Preise von 80 Pfg. für ½ Kilo.
Kaffee-Ersatz:	" 29	250 Gramm Kaffee-Ersatz in verschiedenen Sorten, zu den Höchstpreisen.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes **sind diese** Waren in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist. Auf die Lebensmittel**karte** dürfen diese Waren **nur** in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in folgenden Geschäften verabfolgt und entnommen werden:

für Butter und Speisefett	Dora Gündel, Beckergrube 9, Ludw. Hartwig, Obertrave 8, Konsumverein, Warenabgabestelle Warendorpstr. 10
für Zucker, Mühlenfabrikate, Aufstrichmittel u. Kaffee-Ersatz:	H. Drefalt, Breitestr. 28/30, T. Buhrmann, Holstenstr. 28, Konsumverein, Warenabgabestelle Warendorpstr. 10

Auf die Bezugsausweise für Militärurlauber in der Woche vom 17. bis 23. Februar 1919

Ganze Wochenmenge wie bei der Lebensmittelkarte.

Halbe		
	15 Gramm	Butter
	15 "	Margarine
	75 "	Zucker
	125 "	Haferflocken
	125 "	Kunsthonig

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten und in den oben angegebenen Geschäften zu entnehmen.

Auf Untterbezugshefte: ½ der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Butter und 3 Teile in Margarine.

Lübeck, den 14. Februar 1919 (9278

Das Landesversorgungsamt.

Kartoffeln.

Im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat bestimmt das Landesversorgungsamt hierdurch:

I.

Vom 17. bis 23. Februar ds. J. dürfen auf Abschnitt **12** der **IIIa Kartoffelkarte fünf Pfund Kartoffeln** entnommen und abgegeben werden.

Die Entnahme der Kartoffeln kann bei den Kartoffelerzeugern und den zugelassenen Kartoffelhändlern gegen die vorgeschriebene Abgabe der Kartoffelkartenabschnitte geschehen.

II.

Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 14. Februar 1919. (9250

Das Landesversorgungsamt.

Bekanntmachung.

Die Angehörigen der **in Gefangenschaft und in Lazaretten als Kranke** befindlichen Militärpersonen werden hierdurch aufgefordert, sofern sie sich in bedürftiger Lage befinden sollten, **bis zum 28. d. M.** bei den Bezirksvorsteherinnen ihres Bezirks in deren Sprechstunden einen Antrag auf Gewährung von Miete und Feuerungsbeihilfe zu stellen. **Die von der Kommission für die Festsetzung der Kriegsunterstützung ausgegebene Unterstützungskarte ist hierbei vorzulegen.**

Lübeck, den 14. Februar 1919. (9266

Rotes Kreuz, Abt. IV.

Landesamt [illegible]. **Eutin**, den 14. Februar 1919.

Auf den Abschnitt Februar/März der **grünen** Karte für Beleuchtungsmittel kommen

1 Liter Petroleum und 1 Kerze

zur Verteilung.

Die Verkaufsstellen dieser Beleuchtungsmittel haben die fraglichen Abschnitte von der Karte für Beleuchtungsmittel abzutrennen und den Stadtmagistraten oder Gemeindevorständen bis zum **1. März** ds. Js. einzusenden.

9278 **Mahlstedt.**

Am Dienstag, dem 18. Februar, werden durch den Stadtmagistrat im Laden des Kaufmanns **Hildebrandt**, **Eier** abgegeben und zwar von 9—10 Uhr für die Haushaltungen mit den Anfangsbuchstaben **M N**, von 10—11 Uhr für **O, P, Q.**

Stadtmagistrat Bad Schwartau (Ernährungsamt).

(9291 Francke.

Waisenhaus.

Die Gesuche um Aufnahme in das Waisenhaus sind von den Eltern oder den Angehörigen der Kinder in Begleitung letzteren am **Festtagsmontag, 3. März, morgens 10 Uhr,** im Waisenhause anzubringen.

Taufschein, Impfschein und letztes Schulzeugnis des Kindes sind dabei einzureichen. (9265

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.

Anmeldung

der Kinder, die Ostern 1919 in die Volksschule aufgenommen werden sollen.

Freitag, den 21. Februar d. Js., nachm. zwischen 2 und 3 Uhr, im Knabenschulhause.

Bad Schwartau, den 10. Febr.

(9279 Die Hauptlehrer:

Bohm. I. V. Langfeldt

Gärtner!

Entlassene Schulkinder aus der Stadt und den Vororten sind bis zum 1. April ds. Js. zu vermitteln.

Näheres zu erfahren beim **Polizeiamt**, Schüsselbuden Nr. 16, II. Stock, Zimmer 2. (9297

Der verbrecherische Dauernd Schmugel

im deutschen Weißbuch.

Dem deutschen Kabinett am 1. Juli 1918 verabreicht dem **Hauptmann von Boetticher.**

— **60 Pfg.** —

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief am Donnerstag nachmittag 8 Uhr unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Christine Kipp

geb. Holst

im 70. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Wilhelm Kipp u. Frau geb. Brehmer.

Gust. Schröder u. Frau geb. Kipp

Alb. Mehlhase u. Frau geb. Kipp

und Enkelkinder.

Die Beerdigung findet am Dienstag 18. Februar morgens 9 Uhr v. Trauerhause, Paulstraße 18a aus statt. (9229

Danksagung.

Für die uns bewiesene Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Maria Olsen-Tömte

sagen unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

(928[illegible]

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Entschlafenen sagen wir unsern innigsten Dank. (9267

Frau Ww. Keck

und Kinder.

Malerwerkstatt

zu mieten gesucht in Nähe der Geverdesstraße.

Kaufe jedes Quantum reines Leinöl.

Max Stein, Malermstr.

(9260) Geverdesstr. 5.

1 W. d. **Herrenstie.el**, Gr. 42 z. verk. Lindenplatz 16 I. (9[illegible]

Zu verk. eine gut erhaltene **Kaffeemühle.** (9288

Mittelstraße 2. I.

Gutgehaltener Jünglings-Paletot zu verkaufen.

(9282) Marien-[illegible]straße 23

Grammophonplatten

billig zu verkaufen. (9270

Wakenitzstr. 11, 2. Et.

Zu verkauf. eine **eichl. Bettstelle m. Matr.**, fast neu.

(9288) Brüderstr. 14a 1 Et.

Zu kaufen e Petrol.-Krone

zu verkaufen. (92[illegible]

Gr. Kiefau 1

Zu verk. blauer Konfirmanden-an-zug, Hut u. Mittelbinde, Gr. 55

(9260) Glendorpstr. 35 I.

Gr. Spinn. Feilenwaren

zu verkaufen. (9279

[illegible]str. 86 part.

Zu kaufen gesucht ein **Zwergpolly,**

Größe 1.00 bis 1.20.

(9285) Marg[illegible]straße 21 c.

1,0 B. R. Pkt!

zum Decken gesucht. 9265

Hardt. Glockengießerstr. 52.

Für kl. Fuhrw.

2 Pferde) suche Beschäftigung gleich welcher Art. (926[illegible]

H. Bruhn, Schönkamperstr. 14a

Aerztlicher Sonntagsdienst

am Sonntag, 16. Febr. (9216

Dr. Boss Kronsforder Allee 81, F. 984

Prof. **Dr. Paull**, Breite Str. 97.

[illegible] **Dr. Haas** Moislinger Allee 2a

Ehrenerklärung.

Die gegen Frau **Lasskoff**, Mittelstr. 18, von mir gebrauchten beleidigenden Worte nehme ich als den Tatsachen nicht entsprechend, mit dem Ausdruck des Bedauerns hiermit zurück. (92[illegible]

Frau J. Königsberg.

Jedes Bild

vergröß. **Reinhard, Glockengießerstr. 5.**

Kaufe jedes Quantum

gutes Leinöl, Firnis, Lacke sowie Leim.

August Fölsch,

Bei St. Johannis 22.

(9284) **Fernruf 3128.**

Kriegsanleihe

3. Aufl. von Heeresamt kaufen eben Posten. **Zahle 85.** (9252

Off. unter **H 1282** an **Haasenstein & Vogler A.-G. Lübeck.**

Jedes Ungeziefer vertilgt unter Garantie

der beeidigte Kammerjäger und öffentl. Sachverständige 9274

Wilh. Klössendorf,

[illegible] 18a Fernruf 1509

M. Marcks

Zahn-Praxis

Breitestr. 56

Schmerzlose Behandlung.

Gaumenloser Zahnersatz. (924[illegible]

Restaurant (9277

Zum alten Tivoli

A. Lorenz, Wakenitzmauer 9.

Empfehle täglich folgende

Speisen

von prima Rindfleisch:

Filetsteak, Beefsteak Deutsches Beefsteak, Gulasch Sauerbraten, Fleischbrühe.

Gärtnerei-Gründung!

Großes Einkommen

Sichern Sie sich bei Uebernahme einer Ablagestelle. Es kommt Ihnen auch von Gartenbesitzern in Frage [illegible] Nebenerwerb. Reflekt. belieben ihre Adr. unt. O. C. 816 an **Rudolf Mosse, Düsseldorf** einzusenden. (9242

Alle Gartensämereien in bester, keimfähiger Ware

empfiehlt **Scheim & Wege,**

(9305) Mengstr. 10.

Sterbekasse

„Die Vertrauliche"

Lübeck.

Die Kasse wird für das Rechnungsjahr 1919 vertreten durch die Mitglieder:

Rechnungsführer a. D. **Wilh. Drath,** Zimmermeister **Ed. Schmidt**	als verwaltende Vorsteher

u. Steuerkontrolleur a. D. **Joach. Vagt** im Behinderungsfalle für einen der Vorgenannten.

Lübeck, 12. Februar 1919.

(9247) **Der Vorstand.**

Die Kranken aus Privat- und Kassen-Praxis werden dringend gebeten, zu ihren früheren, jetzt aus dem Felde heimgekommenen Aerzten zurückzukehren.

Aerztlicher Verein zu Lübeck.

9248

Verein der Bestattungs-Uebernehmer zu Lübeck.

Die dem Verein angeschlossenen Mitglieder empfehlen sich zur 9234

Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen

sowie

Ueberführungen von und nach auswärts.

C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79, Fernruf 1143.

Gebr. Müter, Mühlenstr. 13, Fernr. 427.

C. Weiss, Schwartauer Allee 193, Fernr. 967

F. Barby, Hüxstr. 117, Fernr. 816.

G. Behnck, Warendorpstr. 4, Fernr. 2186.

A. Brodersen, Aegidienstr. 7, Fernr. 1090

W. Festerling, Hansastr. 57, Fernr. 1508.

H. Grimm, Wickedestr. 49, Fernr. 1424.

Statt

Briketts u. Kohle

halte vorrätig

prima trockenes Brennholz

in Längen von 20 cm per Zentner **5.00** Mk.

dasselbe grob gespalt. fertig zum sof. Gebrauch p. Ztr. **6.50** Mk.

ab Lager **Hüxtertor-Allee 43. Max Boye.** (92[illegible]

Nebenverdienst!

Entl. Hilfe beim Aufbau der Existenz und **dauerndes hohes Einkommen!** Keine Versicherung! Kein Verkauf an Bekannte! Keine Schreibarbeiten! Bequem im Hause! Aussichtsreiche Wege! Viele Anerkennungen. Verlangen Sie Prospekt **Nr. 93** von Adresse: **Schließfach 124, Dresden-A. 1.** (9257

12

„Burnus"

wäscht Wäsche „wunderbar."

(D.R.P.) Ges. K. A. 2[illegible]

Hausfrauen!

Die Wäsche weicht in **Burnus** ein,

dann wird sie spielend weiß und rein.

Vertretung: Heinr. Bundt, Lübeck, Postfach.

Hersteller: Röhm & Haas, Chem. Fabrik, Darmstadt.

Blockwagen

in allen Größen, bis 8 Ztr. Tragkraft. (9216

C. Bliesath Ww., Sandstr. 9.

Extra starke

Blockwagenräder

wieder vorrätig.

C. Bliesath Ww.

9215

Schlafzimmer

in Satin und imit. Eiche,

575, 650, 1150, 1650 M

echt Eiche **2500—2950 M**

— Küchen —

von **259 M** an.

Wohnzimmer

in allen Preislagen.

Vereinigte Möbelkaufhäuser.

Königstr. 73 und Hüxstr. 47.

Fernruf 6[illegible]. (92[illegible]

Extra starke Hand-

Blockwagen

3—8 Zentner Tragkraft.

Karl Schulmerich

(9281) Mühlenstr. 28.

Carl Folkers

Möbelmagazin

25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtung

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

(9238) **Billigste Preise.**

Weitgehendste Garantie.

Zimmereinrichtung stets vorrätig

Fernsprecher 2734.

Brauerei zur Walkmühle

Hansa-Brauerei A.G.

Lübeck.

[illegible]

Lederhandlungen

Carl Rohde Hundestr. 64

Schuhmacherbedarfsartikel

Pelz-Gerberei

Praktischer Wegweiser

Erscheint wöchentlich einmal :: **empfehlensw. Geschäfte** :: Zur gefl. Beachtung empfohlen ::

Vollerts Reisebüro Lübeck T 8868

Nordische Verkehrs-Zentrale

:: :: :: :: :: Wohnungsnachweis :: :: :: :: ::

Versicherung und Beförderung von Reisegepäck

Bavaria-Brauerei

Hamburg-Altona

Niederlage Lübeck

[illegible] Tel. Nr. 474

Die Biere der

Schloßbrauerei Kiel

werden überall bevorzugt.

Trinkt

Lübecker Vereins-Bräu

Kenner bevorzugen

das gute Lübecker

Bürgerbräu

[illegible]brauerei Lübeck

[illegible]

[illegible] Holstenstraße 2. [illegible] Fleischhauerstr. [illegible] Schüsselbud.

Weine

Wilhelm Rahfohs

Untertrave 113 Telephon 637

vorteilhafte Bezugsquelle von diversen Weinen u. Spirituosen

[illegible]

Ratzeburger Aktien-Brauerei